

SPD-Fraktion

Medienkompetenz

Die beschleunigte Gesellschaft: Verantwortung in der digitalen Welt

Jahrtausende trennen die Erfindung des Feuers von der Entdeckung des Ackerbaus. Zwischen der Erfindung der Schrift und der Druckerpresse entstanden, erblühten und zerfielen ganze Weltreiche. Nur ein paar Jahrhunderte liegen dagegen zwischen der Druckerpresse und der Dampfmaschine, während die Erfindung des Telegrafens und die Anfänge der Fernsehtechnik noch nicht einmal 50 Jahre voneinander entfernt sind. Kein Medium hat sich jedoch schneller verbreitet als das Internet. Das Telefon benötigte rund 55 Jahre, bis es weltweit im Besitz von 50 Millionen Menschen war, das Radio 33, das Fernsehen 13 und das Internet drei Jahre.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte haben technische Erneuerungen zu einer umfassenden Mechanisierung, Technisierung und schließlich Digitalisierung von Arbeits- und Lebensbereichen geführt. Öffentliche und private Räume erfahren somit nicht allein einen gesellschaftlichen Strukturwandel, sondern stehen ebenso unter dem Einfluss neuer elektronischer Medien wie dem Internet oder dem Mobilfunk. Damit einher geht eine beschleunigte Informationsflut sowie ein rasanter Technologiefortschritt, welche unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen. Das Schlagwort von der ‚Informationsgesellschaft‘ verweist auf eine Durchdringung des Alltags durch Medien, durchaus auch im Sinne einer Informationsüberlastung moderner Gesellschaften. Opaschowski bezeichnet diese medialisierte Gesellschaftsform in seinem gleichnamigen Buch als „Generation@ – die Medienrevolution entläßt ihre Kinder: Leben im Informationsalter“ und schlussfolgert darin:

„Die sich neu entwickelnde Generation@ könnte eine erste konkrete Antwort auf das Phänomen der Exklusion sein: Sie schafft eine eigene (mediale) Lebenskultur, von der nun ihre Elterngeneration ausgegrenzt wird, weil sie mit dem Lebenstempo nicht mehr mitkommt.“¹

Mediennutzung wird zum segregierenden Moment zwischen ganzen Generationen – eine noch vor wenigen Jahren undenkbare Form des Generationenkonflikts. Wie eine Vielzahl empirischer Untersuchungen belegen, unterscheiden sich Generationen durchaus in Intensität und Selektivität der Mediennutzung – ob jedoch dadurch eigene Lebenswelten der Jugendlichen entstehen ist heute nicht eindeutig zu beantworten. Deutlich wird jedoch, dass sich sehr unterschiedliche Zugänge und Nutzungsweisen unterschiedlicher

¹ Horst W. Opaschowski 1999: Generation@ - die Medienrevolution entläßt ihre Kinder: Leben im Informationsalter, S. 18.

Bevölkerungsgruppen feststellen lassen. Diese Unterschiede werden u.a. im Rahmen der sogenannten „Digitalen Spaltung“ diskutiert.²

In der wissenschaftlichen Diskussion dominieren fünf Ebenen zur Bestimmung der Informationsgesellschaft:

- Wandel der Technik,
- der Wirtschaft,
- der Berufsstruktur,
- des Raumes,
- der Kultur.

Im Gegensatz zur Industriegesellschaft, deren entscheidende Produktionsfaktoren Land, Kapital und Arbeit darstellten, tritt hier Information, Wissen und Bildung in den Vordergrund gesellschaftlicher Handlungs- und Lebensräume. In diesem Zusammenhang wird die Benennung einer Wissensgesellschaft häufig synonym zur Informationsgesellschaft verwendet. Während der Begriff „Informationsgesellschaft“ versucht, spezifisch technische und ökonomische Innovationen zu fassen, sind Gegenstände und Aspekte der Wissensgesellschaft breiter gestreut. Der Terminus „Wissensgesellschaft“ findet gegenwärtig oftmals Gebrauch im wissenschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kontext, um verschiedene gesellschaftliche Verantwortungsbereiche, die aus einer Neugewichtung von intellektuellem und praktischem Wissen entstanden sind, zu erfassen.

Medien haben von je her gesellschaftliche Strukturen geprägt. Der Buchdruck erleichterte die Reproduktion und Verbreitung von Text und Bild, Gutenberg erschuf damit den Schlüssel zur Demokratisierung des Lesens. Die Zeitung durchbrach regionale Grenzen und ebnete den Weg zur Informationsgesellschaft. Massenmedien, wie Radio und Fernsehen, eröffneten den Menschen ein Facettenreichtum der Sinneswahrnehmung und ermöglichten die kollektive und überregionale Rezeption. Das Internet durchbrach dagegen die geschlossenen Systeme der traditionellen Medien und schuf einen multimedialen Raum. Während Telefon, Radio und Fernsehen durch eine raum-zeitliche Beschränkung gekennzeichnet sind, überwindet das Internet Zeit und Raum. Dieses moderne Kommunikationsmittel, das mit einer rasanten Geschwindigkeit zunehmend im Alltag der Menschen an Bedeutung gewinnt, macht den Computer als technisches Werkzeug zu dem wichtigsten Zugangsmittel in das virtuelle Netzwerk.

² Siehe den nachfolgenden Abschnitt „Digitale Teilhabe“.

Während zu Beginn der Internetära das interaktive Medium als eine weitgehend kostenlose Kommunikationsplattform diente, deren Inhalte größtenteils statisch strukturiert und von Spezialisten generiert wurde, reicht in heutiger Zeit der Nutzerkreis weit über diese Gruppe hinaus. Das World Wide Web ist daher in vielerlei Hinsicht zu einem Massenphänomen geworden. Das Medium des 21. Jahrhunderts ist dabei nicht nur Marktplatz, Kommunikationsplattform oder Unterhaltungsmedium, es wird zu einer Wissensbörse und konstituiert einen neuen interaktiven (Lebens)raum – Stichwort Web 2.0 – in dem der Konsument ebenso zum Produzenten wird. Der von Tim O'Reilly geprägte Begriff ‚Web 2.0‘ stellt den Versuch dar, diesen neuen Strömungen der Vernetzung von Menschen und Inhalten im Kontext des „Global Village“ einen Namen zu geben. Die Bezeichnung taucht häufig in Verbindung mit einer Reihe neuer interaktiver Dienste auf, die durch eine aktive Teilhabe charakterisiert sind. Ursprünglich wurde die Bezeichnung als Oberbegriff für eine neue Technikstruktur verstanden, die der Kommunikation und Publikation sowie dem Community-Building diene. Heute sprechen wir deswegen von einer „Prosumer-Kultur“.³ Darin erfasst sind Schlagworte wie der ‚user generated content‘, also die durch die Nutzerinnen und Nutzer selbst produzierten und online gestellten Inhalte, sowie die in den sozialen Netzwerken wie Facebook, StudiVZ oder Xing etablierten online organisierten und gesteuerten interpersonalen Netzwerke.

Ein Ende der rasanten Entwicklung von neuen technologischen Errungenschaften im Kontext des Internets oder Web 2.0 ist hinsichtlich steigender Nutzerzahlen, technischer Weiterentwicklung und neuer Geschäftsmodelle auf Basis des Internets nicht in Sicht.

Eine von Digitalität geprägte Gesellschaft und Kultur muss höchste Priorität darauf richten, auch über Persönlichkeitsentwicklung, Medienkompetenz und Medienhandeln Partizipation, gesellschaftlichen Anschluss und Erwerbsfähigkeit zu ermöglichen. Nur so kann einer drohenden digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt werden. Aus einer breiten, integrativen aber auch spezialisierten Medienkompetenz, sind innovative Impulse für die Arbeitswelt und eine Verbesserung von Lebensqualität zu erwarten. Dabei kann an vorhandene Kompetenzen junger Menschen angeknüpft werden.

Diese Fragestellungen rund um die Entwicklungen des Digitalen stellen die gesellschaftlich verantwortlichen Instanzen in Politik und Wirtschaft, Kultur und Verwaltung Tätigen, aber auch jeden Einzelnen, vor die Aufgabe, mit diesem Medium verantwortlich umzugehen bzw. andere in die Lage zu versetzen, das Medium zu nutzen und Selbstverantwortung dafür zu übernehmen. Mit diesem Fragenkomplex hat sich die Enquete-Kommission des Landtags

³ Axel Bruns 2008: Blogs, Wikipedia, Second Life, and Beyond: From Production to Produsage (Digital Formations).

Rheinland-Pfalz in einem einjährigen Prozess auseinandergesetzt und vielfältige Aspekte der „Verantwortung in der digitalen Welt“ akzentuiert.

Digitale Teilhabe

Der aktuelle (N)onliner Atlas 2010 von Initiative D21 und TNS Infratest⁴ zeigt, dass sich rund Zweidrittel (72 Prozent) der Deutschen über 14 Jahren derzeit im „Cyberspace“⁵ bewegen. Das World Wide Web ist somit in vielerlei Hinsicht zu einem Massenphänomen geworden. Ein elementares Problem der globalen Vernetzung ist jedoch ihr ausgrenzender Charakter. Gemeint ist eine „digitale Spaltung“ aufgrund von sozialem Status, Bildung, Alter und Chancengleichheit. Rogers⁶ definiert dieses Schlagwort wie folgt: „The digital divide is defined as the gap that exists between individuals advantaged by the internet and those individuals relatively disadvantaged by the internet“.

Als digitale Kluft („digital gap“) oder digitale Spaltung („digital divide“) bezeichnet man entsprechend die Spaltung zwischen Menschen, die das Internet nutzen, und denen, die es nicht nutzen. Dies wird weltweit als Problem betrachtet, denn das Internet bietet Zugang zu den Ressourcen der Informationsgesellschaft. Auch in Deutschland verfügt nicht jede Person über Zugang zum Netz. Die Gründe sind vielschichtig. Zum einen geht es um den technischen Zugang, also die Frage der technischen Ausstattung und der finanziellen Möglichkeiten. Auch der Wohnort spielt eine Rolle, denn längst nicht alle Orte in Deutschland verfügen über die erforderlichen DSL-Zugänge. Gerade Menschen in ländlichen Gebieten sind immer noch benachteiligt, dabei überproportional in den östlichen Bundesländern.⁷

Onlinenutzung in Deutschland 2010

Der Versuch annäherungsweise die Anzahl der Internetnutzung in Deutschland zu erfassen, ist immer auch mit einem gewissen Grad an Variabilität verbunden. Genau genommen ist es statistisch nicht möglich die tatsächliche Zahl aller Nutzer zu bestimmen, da diese aufgrund der Schnelllebigkeit und Diffusität des Mediums Internet ständig variiert. Die Ergebnisse der hier angeführten Studien können somit, aufgrund unterschiedlicher Stichprobengrößen und abweichender methodischer Herangehensweisen (z.B. Bestimmung der Altersklassen, Erhebungszeitpunkt und -dauer) im gewissen Maße divergieren.

Laut der bundesweiten Repräsentativstudie des ARD/ZDF stieg der Anteil der gelegentlichen Internet-Nutzerinnen und -nutzer in Deutschland von 6,5 Prozent im Jahr 1997 auf 72

⁴ Initiative D21: (N)ONLINER Atlas 2010.

⁵ Der Begriff Cyberspace ist eine geläufige Metapher zur Illustration der Grenzenlosigkeit und Geschwindigkeit der Technologie Internet (Udo Thiedecke 2004: Soziologie des Cyberspace: Medien, Strukturen und Semantiken).

⁶ Everett M. Rogers 2001: The digital divide. Convergence, 7/4, S. 100.

⁷ Initiative D21: (N)ONLINER Atlas 2010.

Prozent im Jahr 2010. Damit sind 2010 insgesamt 48,3 Millionen bundesdeutsche Erwachsene über 14 Jahren im Netz. Der (N)onliner Atlas 2010 bestätigt diese Zahlen, zeigt aber auch, dass es starke regionale Gefälle gibt. Zwei Bundesländer heben sich 2010 beim Internetwachstum deutlich hervor: Der Stadtstaat Bremen manifestierte seinen ersten Platz im Länderranking mit einem Zuwachs von sechs Prozentpunkten (80,2 Prozent Onliner-Anteil), was nur vom Flächenland Rheinland-Pfalz mit einer Steigerung von 6,4 Prozentpunkten überboten werden konnte. Hatte Rheinland-Pfalz im letzten Jahr noch das geringste Wachstum, liegt es aktuell mit 72,9 Prozent Onliner-Anteil erstmals über der durchschnittlichen Internetnutzung in Deutschland und konnte sich von Platz zehn auf Platz sieben verbessern. Es nähert sich den TOP 5, die neben Bremen noch aus den Ländern Baden-Württemberg (76,0 Prozent Internetnutzung), Berlin (75,2 Prozent), Hamburg (75,0 Prozent) und Hessen (74,2 Prozent) bestehen.

Zum dritten Mal in Folge weist die Bevölkerungsgruppe mit formal einfacher Bildung den höchsten Zuwachs bei der Internetnutzung auf. Um 3,9 Prozentpunkte auf 56,6 Prozent stieg die Zahl der Onliner mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Mit fünf Prozent sind auch die meisten Nutzungsplaner aller Bildungsgruppen hier vertreten, wodurch man in den nächsten Jahren mit einem weiteren überdurchschnittlichen Wachstum rechnen kann. Trotz dieser positiven Entwicklung liegt diese Bildungsgruppe weiterhin weit hinter den Gruppen mit einem weiterbildenden Schulabschluss (76,2 Prozent Onliner) und der Gruppe mit Abitur oder Studium (88,8 Prozent Onliner). Spitzenreiter sind Schüler, die bereits mit 97,5 Prozent Onliner-Anteil beinahe vollständig im Internet anzutreffen sind.

Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro schaffen in diesem Jahr ebenfalls erstmals den Sprung über die 50-Prozent-Hürde. Trotz Steigerung um 4,5 Prozentpunkte in dieser Einkommensklasse, besteht nach wie vor ein mehr als deutlicher Zusammenhang zwischen der Internetnutzung und dem Einkommen. So sind beispielsweise 92 Prozent der Deutschen mit einem Haushaltseinkommen von über 3.000 Euro bereits online und 80 Prozent der Einkommenschicht zwischen 2.000 und 3.000 Euro.

Auch wenn noch immer die Regel gilt, dass mit steigendem Alter die Internetnutzung abnimmt, verzeichnet auch in diesem Jahr die Altersgruppe 50plus mit 4,7 Prozentpunkten das höchste Wachstum. Inzwischen ist beinahe jeder zweite Best Ager (49,6 Prozent) online. Jedoch werden große Unterschiede in dieser Altersgruppe im Detail deutlich: Während bei den 50- bis 59-Jährigen noch 71,8 Prozent online sind, fällt dieser Wert bei den 60- bis 69-Jährigen auf 54,0 Prozent und bei den über 70-Jährigen ist nur noch knapp jeder Vierte online (23,3 Prozent Internetnutzung).

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass nicht allein technologische Zugangsbarrieren innerhalb und zwischen jungen und älteren Generationen existieren, sondern eben auch soziale und intellektuelle Divergenzen den Umgang mit PC und Internet erschweren. Deshalb kann von einer mehrdimensionalen digitalen Teilung gesprochen werden, deren Entwicklung in verschiedenartigen Gesellschaftsgruppen nicht völlig linear verläuft. Aufgrund dessen ist die digitale Teilung nicht allein auf die Altersstrukturen und die Fähigkeiten der Menschen zurückzuführen. Auch ökonomische, institutionelle, politische und kulturelle Faktoren beeinflussen Internetzugang und -nutzung. Aus den Zahlen wird auch deutlich, dass man von einer digitalen Gesellschaft in Deutschland – trotz erhöhter politischer und medialer Aufmerksamkeit – noch weit entfernt ist. Noch immer sind 28 Prozent und damit knapp 19 Millionen Menschen über 14 Jahren nicht online. Und auch das aktuelle Wachstum zeigt, dass ohne gezielte Förderung in Zukunft mit geringeren Steigerungen zu rechnen ist.

Barrieren der Nutzung und digitale Integration

Um Maßnahmen auf der politischen Ebene zur Verbesserung der Zugänge so zu konzipieren, dass sie auf positive Resonanz stoßen, ist es ausschlaggebend, die Hintergründe für die Zugangsprobleme genauer zu kennen.

Bei der Anschaffung eines privaten Internetanschlusses stehen die Kommunikations- und Informationswünsche bei allen Altersgruppen im Vordergrund. Ein wichtiger Anreiz, die neue Technologie zu nutzen, ist dabei vor allem abhängig von dem Bedarf und Mehrwert des Internets für ihm fern stehende Bevölkerungsgruppen. In diesem Zusammenhang existieren unterschiedliche Barrieren, welche als Determinanten für die Nichtnutzung der Onlinemedien angeführt werden können.

Zum einen bestehen emotionale Hemmschwellen, aufgrund von Ängsten und Vorbehalten gegenüber dem Medium und der Technik Internet. An dieser Stelle werden technische und strukturelle Barrieren durch fehlende Medienkompetenz und aufgrund von Technikängsten häufig als eine wesentliche Hürde benannt. Zugleich stellt das häufig verwendete englische Vokabular im Internet einen nicht unwesentlichen Faktor für einige Bevölkerungsgruppen in Bezug auf mögliche sprachliche Barrieren dar. Während die englische Sprache heute verstärkt auf dem Arbeitsmarkt von Bedeutung ist, ist die ältere Generation mit dieser Anforderung meist nur in bestimmten Arbeitsfeldern oder aufgrund des beruflichen Status in Berührung gekommen. Aber auch Jüngere haben durchaus Sprachprobleme im Netz. Darüber hinaus bestehen, wie die Ergebnisse des (N)onliner Atlas bestätigen, trotz günstiger Angebote für den Zugang zum Netz sowie sinkender Preise für Hard- und Software, weiterhin ökonomische Barrieren.

In diesem Zusammenhang drängt sich das Bild einer beschleunigten Gesellschaft als eine Zwei-Klassengesellschaft auf, in der die Individuen gemäß ihrer „have and have-nots“ Teil der medialen Gesellschaft sind oder von dieser aufgrund ihrer fehlenden Medienkompetenz ausgeschlossen sind. Diese Kompetenz nimmt jedoch im Umgang mit dem Internet einen hohen Stellenwert für die Teilhabe und Einflussnahme auf die gesellschaftlichen Informations- und Kommunikationsprozesse ein.

Die Computerindustrie versucht beispielsweise mit der Entwicklung von seniorengerechten PCs diesem Anspruch nach zu kommen. Laut der Sonderauswertung des (N)onliner Atlas 2007 „Best-Ager-PC: Altersgerecht ins Internet“⁸ sind jedoch große Tasten und ein gut lesbarer Display kein ausreichendes Kaufargument für die ältere Generation. Vor allem wurden von den 1.178 befragten Nutzungsplanern gute Handbücher, ein unabhängiges Gütesiegel und ein komplettes Softwarepaket als ausschlaggebende Kriterien für eine barrierefreie Bedienung des Computers genannt. Mehr als ein Drittel wünschen sich auch nach der Installation des Computers eine fortlaufende Betreuung durch fachliche Beratung, Nachschlagemöglichkeiten im Internet oder Beratung per Email.

Die Ergebnisse zur Internetnutzung in den letzten Jahren haben gezeigt: mit zunehmendem Alter nimmt die Nutzung des Internets stark ab, insbesondere bei älteren Frauen. Die Sonderauswertung des (N)onliner Atlas 2007 zur Internetnutzung von Männern und Frauen in Deutschland bestätigt diese geschlechtsspezifische Kluft.⁹ Unter den 60 bis 64-Jährigen zählten danach 34 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer zu dem Kreis der Onliner im Jahr 2007. Während sich die Zahl männlicher Onliner zwischen 65 und 69 Jahren auf 41 Prozent belief, waren es in dieser Altersklasse lediglich 20 Prozent an weiblichen Nutzerinnen. Bei den über 70-Jährigen lag die Frauenquote bei geringen sechs Prozent gegenüber einem männlichen Anteil von 21 Prozent. Auch das Jahr 2008 zeigt einen weiterhin geringen Zuwachs von lediglich drei Prozentpunkten bei den Frauen ab 70 Jahren.¹⁰ Die Differenz zwischen den Geschlechtern ist in dieser Altersklasse auf 18 Prozentpunkte angestiegen.

Die Gründe sind vielschichtig. Zum einen kommt hier die Lebensbiographie älterer Frauen zum Tragen. Ältere Frauen sind von altersstrukturellen Einflussfaktoren wie der Feminisierung und Singularisierung sowie fehlender Techniksozialisation und verfrühter Berufsaufgabe betroffen. Frauen der Generation 60plus sind oftmals verfrüht aus dem Berufsleben getreten, um sich der Betreuung ihrer Kinder zu widmen. Darüber hinaus kommen Männer auf

⁸ Initiative D21: (N)ONLINER Atlas 2007, S. 68 ff.

⁹ Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.: Internetnutzung von Frauen und Männern in Deutschland 2007. Sonderauswertung Gender & Diversity des (N)ONLINER Atlas 2007.

¹⁰ Initiative D21: (N)ONLINER Atlas 2008., S. 46.

beruflicher und privater Ebene zumeist stärker mit technischen Entwicklungen in Berührung. Damit fällt ihnen der Einstieg in die Technologie Internet häufig leichter. Insbesondere allein lebende Frauen sind zudem von technischen Neuentwicklungen wie dem Internet oder dem Mobilfunk aufgrund mangelnder Kompetenz, aber auch fehlender Unterstützung im Umfeld, ausgeschlossen. Die geringere Techniksozialisation älterer Frauen hat darüber hinaus auch einen impliziten Einfluss auf die geschlechtsspezifische Beurteilung von Technikkompetenz. Der Ausspruch „Frauen und Technik“ ist nur ein stereotypes Beispiel für diese soziokulturellen Geschlechterzuschreibungen im Bezug auf das Thema Geschlecht, Technik und Mediennutzung. Wenn auch der Anteil älterer Onliner und Onlinerinnen stetig wächst, ist nicht außer Acht zu lassen, dass insbesondere bei Frauen, der Altersgruppe der über 70-Jährigen und geringer gebildeten Personenkreisen technische Anforderungen und der Schwierigkeitsgrad der Nutzung von Medien weiterhin eine ernstzunehmende Nutzungsbarriere darstellen. An dieser Stelle zeigt sich die größte Kluft zwischen älteren Onlinern bereits ab dem 50. Lebensjahr:

„Der Unterschied zwischen Frauen und Männern bei den unter 50-Jährigen liegt bei gerade 5,3 Prozentpunkten, beide liegen über 80 Prozent. Der Unterschied in der Gruppe 50plus beträgt dagegen 19,7 Prozentpunkte, bei knapp einem Drittel Nutzung von Frauen.“¹¹

Trotz vieler positiver Entwicklungen lässt sich für die ältere Generation nach wie vor ein deutlicher Handlungsbedarf konstatieren. Nutzergenerierte Hard- und Software ermöglicht zwar einen leichteren Zugang zur Technik, löst allerdings nicht die Problematik struktureller, sozialer und psychologischer Barrieren. Die Frage, wie benachteiligte Individuen und Gruppen in die Lage versetzt werden können, sich die notwendigen Fähigkeiten und Mittel anzueignen, um den Sprung in die digitale Zukunft zu schaffen, steht daher in enger Beziehung zur politischen Forderung nach öffentlichen und privaten Programmen mit dem Ziel, digitaler Teilung und ihren Auswirkungen entgegen zu wirken. Darüber hinaus sollten vermehrt Projekte zur Qualifizierung und eine gezielte Vermarktung der Vorteile des Internets ins Zentrum der Erwachsenenbildung gerückt werden, um Einsteigern die Brauchbarkeit des Internets erfahrbar und einsichtig machen zu können.

Digitale Integration bedeutet somit nicht nur, dass die digitale Spaltung abgebaut wird, indem den Menschen die Möglichkeit gegeben wird, an der Informationsgesellschaft teilzuhaben, sondern sie beinhaltet auch den Nutzen und die Folgen einer Verwendung digitaler Technologien zu berücksichtigen.

¹¹ (Initiative D21: (N)ONLINER Atlas 2008., S. 46.

Media Literacy: Die Vierte Kulturtechnik

„Der Begriff der Medienkompetenz wird in der Öffentlichkeit inflationär und oft verkürzt verwendet“, so die einleitenden Sätze aus dem Positionspapier „Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur“ der Expertenkommission des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Medienbildung vom März 2009. Dabei ist diese Debatte nicht neu: Schon 1995 findet sich in der Denkschrift „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ der Bildungskommission in Nordrhein-Westfalen die Formulierung: „Die Beherrschung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien wird zu einer basalen Kulturtechnik werden, deren Stellenwert dem Lesen und Schreiben gleichkommt.“

Die rheinland-pfälzische Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ folgt dieser Auffassung und sieht digitale Medienkompetenz („digital media literacy“) als vierte Kulturtechnik nach dem Lesen, Schreiben und Rechnen an. Geht man von diesem Grundsatz aus, so ergeben sich konsequenterweise veränderte Anforderungen an den Bildungsbereich für diese vierte Kulturtechnik. Wie notwendig solche digitale Kompetenz ist, lässt sich sowohl an den aktuellen Zahlen als auch an den neuen sozialen Problemphänomenen wie Onlinekriminalität oder Cybermobbing erkennen.

Jugend im Netz

Für viele Kinder und Jugendliche ist der Umgang mit PC und Internet inzwischen selbstverständlich - sie sind mit dem Internet aufgewachsen. Wie die JIM-Studie 2009¹² ergab, haben tatsächlich 96 Prozent der Haushalte, in denen Jugendliche leben, Internetzugang. 71 Prozent der Jugendlichen haben sogar ihren eigenen Computer im eigenen Zimmer, Hauptschüler zu 66 Prozent, Gymnasiasten zu 72 Prozent. Man bezeichnet diese Generation als "digital natives", während Personen, die sich die neuen Medien erst in höherem Alter angeeignet haben, als "digital immigrants" bezeichnet werden. Diese Bezeichnungen sind insofern irreführend als sie suggerieren, dass diese "digitalen Ureinwohner" in quasi naturgegebener Art und Weise mit dem Internet umgehen könnten. Viele Studien zur Mediennutzung von Jugendlichen zeigen jedoch, dass dies in keinsten Weise behauptet werden kann. Ganz im Gegenteil: Kinder und Jugendliche zeichnen sich häufig durch einen häufig naiven und unreflektierten Umgang mit Onlineinhalten aus.¹³

Betrachtet man die Inhalte, die sich hinter dem Begriff „Medienkompetenz“ subsumieren lassen, so sind verschiedene Ebenen einzubeziehen. Grundsätzlich ist das Ziel der Medienerziehung die Förderung einer verantwortungsbewussten Nutzung von Medien.

¹² Siehe Vorlage EK 15/3-5.

¹³ Jan-Hinrik Schmidt et al. 2009: Themenscan im Web 2.0, Media Perspektiven, 2/2009, S. 50 ff. und Jan-Hinrik Schmidt 2010: Netzwerkplattformen als Räume des Heranwachsenden, in: Fuhs, B. / Lampert, C. / Rosenstock, R. (Hrsg.), Mit der Welt vernetzt. Kinder und Jugendliche in virtuellen Erfahrungsräumen, S. 163 ff.

Kinder und Jugendliche sollen lernen, selbstbestimmt, kreativ, reflektiert und sozialverantwortlich mit Medien umzugehen. Die informationstechnische Grundbildung ist davon jedoch zu unterscheiden. Sie hat sich zunächst unabhängig von der Mediendidaktik und der Medienerziehung entwickelt und wurde im Zusammenhang mit der Computertechnologie als Schlüsseltechnologie der Zukunft in den Schulen eingeführt. Schülerinnen und Schüler sollen in diesem Kontext vor allem auf das zukünftige Berufsleben vorbereitet werden. Dabei geht es um die Vermittlung anwendungsbezogener Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit dem Computer sowie um technische und gesellschaftliche Inhalte.

Eine Auseinandersetzung mit der bildungspolitischen Herausforderung muss in Zeiten von Web 2.0 jedoch vermehrt an den qualitativen Aspekten und Veränderungen ansetzen, die durch die digitalen Medien induziert sind. Dies sind beispielsweise die digitalen Speicherkapazitäten, die leichte Kopierbarkeit und Distribution von Informationen, die Möglichkeiten der schnellen Suche und Erschließung von Informationen, die zu einer wachsenden Informationsflut, zu einer Senkung der Schranke zur öffentlichen Publikation, zur langfristigen Verfügbarkeit der Internetbeiträge und zu einer stärkeren Verschränkung von Privatheit und Öffentlichkeit führen. Dies sind aber auch multimediale Darstellungsmöglichkeiten, die globale Dimension des Netzes und die Überbrückung von Zeit und Raum, welche zu virtuellen Gemeinschaften, neuen Aktions- und Erlebnisräumen sowie einer Zunahme synchroner und asynchroner Kommunikations- und Kollaborationsformen führen. Es geht im Kern um das Verständnis der Wechselwirkungen zwischen virtueller und materieller Welt, durchaus auch mit den damit verbundenen Rechtsfolgen.

Die Vermittlung von Medienkompetenz kommt als Querschnittsaufgabe in den verschiedenen Unterrichtsfächern zum Tragen. Eine umfassende Medienkompetenz, die besonders die neuen Medien berücksichtigt und sie mit traditionellen Formen der Medienerziehung zu einer neuen, ganzheitlichen Perspektive verbindet, wird zu den Schlüsselqualifikationen der Informationsgesellschaft gezählt.

Die Expertenkommission der Bundesregierung zur Medienbildung hat 2009 nachfolgende Kompetenzen und Fähigkeiten als Teile einer auf das Internet bezogenen Medienkompetenz herausgearbeitet:¹⁴

Vier Themen- und Aufgabenfelder wurden isoliert:

1. Information und Wissen

¹⁴ http://www.bmbf.de/pub/kompetenzen_in_digital_kultur.pdf

2. Kommunikation und Kooperation
3. Identitätssuche und Orientierung
4. Digitale Wirklichkeiten und produktives Handeln

Für das Themenfeld **Information und Wissen** gehören zur Medienbildung die folgenden Kompetenzen:

- Informationsbedarf und Informationsbedürfnisse erkennen;
- unterschiedliche Informationsquellen, die Globalität des Informationszugangs und spezifische Eigenschaften der Informationsmedien nutzen und sie bezüglich ihrer technischen (z.B. Suchalgorithmen), ökonomischen, kulturellen, gesellschaftliche Bedingungen (Herstellung und Verbreitung) beurteilen; sich von einer Vielfalt von Informationsquellen anregen lassen, selektieren, aber auch zielgerichtet und situationsbezogen auswählen;
- Informationsangebote mit ihren vielfältigen Codes und angesprochenen Sinnesmodalitäten nutzen, sie im Hinblick auf spezifische Kriterien (z.B. Wahrheitsgehalt, Glaubwürdigkeit, Urheberschaft, ethische Implikationen, Ästhetik, Interessengebundenheit, etc.) und den eigenen Verwendungskontext bewerten;
- die Herstellung und Verbreitung von Informationen und deren Erschließung als interaktive Prozesse begreifen und sich adressatengerecht, situationsbezogen und verantwortlich beteiligen;
- Wissensprozesse für sich selbst und für Gruppen organisieren und durchführen.

Bei der Medienbildung im Themenfeld **Kommunikation und Kooperation** geht es um folgende Kompetenzen:

- Aus der Abstraktion und Fülle der Informationen im Netz eine Vorstellung über den sozial verantwortlichen Umgang mit anderen Menschen und deren Kommunikationsabsichten gewinnen, unterschiedliche Perspektiven aushandeln und respektieren;
- Persönlichkeitsrechte und Rechte an Produkten beachten;
- mit und voneinander lernen in und mit Digitalen Medien;
- sich bei der Herstellung von Produkten und Dienstleistungen auf (virtuelle) Gemeinschaften stützen und sich an deren Entstehung, Erhalt und Verbreitung beteiligen;
- informationsverarbeitende Prozesse für die Unterstützung sozialer Beziehungen und für die Erreichung kollektiver Ziele nutzen;
- sich in den spezifischen und sich ändernden Verhältnissen zwischen dem privaten Bereich und einer (politischen) Öffentlichkeit bewusst entscheiden.

Medienbildung, die **Identitätssuche und Orientierung** unterstützt, drückt sich in folgenden Kompetenzen aus:

- Technologische Kompetenzen als selbstverständlichen Teil des Anwendens Digitaler Medien begreifen, die neue Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung öffnen, und mit Erfinderfreude und der Entfaltung von Kreativität verbunden sind;
- Problemlösung durch experimentelles und spielerisches Vorgehen mit dem Erwerb von systematischen Zugängen verbinden;
- alternative Identitätsentwürfe ausprobieren und solche Erfahrungen wirksam machen für die eigene Persönlichkeitsentwicklung, für die Entwicklung eigener Verhaltensspielräume in unterschiedlichen Kontexten, aber auch im Hinblick auf interkulturelle Verständigung und Chancengleichheit, auch für beide Geschlechter;
- sich mit Rollenbildern in den Medien auseinandersetzen, die digitale Darstellung der eigenen Person angemessen und wirkungsvoll gestalten, dabei die Rechte der informationellen Selbstbestimmung kennen und berücksichtigen;
- sich der Tatsache und der Notwendigkeit des Lernens in informellen und selbstbestimmten Prozessen bewusst werden und sie mit formalen Bildungsprozessen in Verbindung setzen;
- die Möglichkeiten der Artikulation mit Digitalen Medien in (politischen) Öffentlichkeiten kennen und nutzen sowie dafür Verantwortung tragen.

Medienbildung im Hinblick auf das Themenfeld **Digitale Wirklichkeiten und produktives Handeln** drückt sich in folgenden Kompetenzen aus:

- Sich auch komplexere IT-Anwendungen, virtuelle Welten und Simulationen (selbstständig) aneignen, sich darin bewegen, sie steuern, mit entwerfen, sich im handelnden, produktiven Umgang mit Medien technische, ästhetische, soziale und kommunikative Kompetenzen aneignen;
- Vermittlungsprozesse zwischen virtueller und stofflicher Welt begreifen, (Medialitätsbewusstsein) und sich zu Nutze machen, in ihrer Entstehung als algorithmische Prozesse handelnd nachvollziehen, die Balance zwischen den Welten finden;
- Schnittstellen zwischen IT-Entwicklung und Anwendung mit gestalten, eigene Ideen und "Erfindungen" in informationstechnisch geprägte Umgestaltungsprozesse einbringen (Innovationsfähigkeit), sich dabei auf bereits Vorhandenes stützen und es neu zusammen setzen;

- Chancen, Innovationskraft, aber auch Risiken und Verluste von Automatisierungsprozessen erkennen, die Rolle des arbeitenden Menschen begreifen und verstehen, wie automatisierte Prozesse mit den menschlichen Prozessen zusammen wirken;
- herstellende und gestaltende Tätigkeiten beherrschen, unterschiedliche multimediale Ausdrucksformen, wort- und schriftsprachliche sowie visuelle und auditive Ausdrucks- und Kommunikationsformen verbinden;
- sich informationstechnische Werkzeuge für die Erweiterung kognitiver Leistungen zunutze machen.

Bei einer Umsetzung dieser Lernziele ließen sich folgende Kernkompetenzen für die Mediennutzung erwerben: (1) Medienkompetenz, (2) grundsätzliches Wissen über Medien, (3) die rezeptive und die verantwortungsvolle interaktive Nutzung, (4) die Fähigkeit zum kritischen Einschätzen und Beurteilen von Medienangeboten und (5) die kreative Gestaltungsfähigkeit.

Frühkindliche Medienerziehung/Medienkompetenz

Laut der aktuellen KIM-Studie 2008¹⁵ ist in jedem Haushalt, in dem Kinder aufwachsen, ein Fernsehgerät vorhanden, auch die weitere Ausstattung mit Medientechnik ist sehr gut und überwiegend höher als im bundesdeutschen Durchschnitt. Fast alle Haushalte haben ein Handy, ein Festnetztelefon, ein Radio und einen CD-Player. 88 Prozent haben zuhause einen Computer und 85 Prozent einen Internetzugang. Zwei Drittel der Haushalte besitzen eine tragbare oder nichttragbare Spielkonsole, 64 Prozent verfügen über eine Digitalkamera.

Die Lebenswirklichkeit der Kinder auch unter sechs Jahren ist also ohne vielfältigste Medienpräsenz nicht mehr vorstellbar. Medien begleiten den gesamten Tagesablauf von Kindern. Die entscheidenden Frage sind: Werden sie dabei allein gelassen oder begleiten sie Erzieherinnen und Erzieher in dieser Welt? Gelingt diese Aufgabe den Haupterzieherinnen und -erziehern, den Eltern, oder ist diese Aufgabe, die Medienerziehung, bereits an die staatlichen Institutionen unausgesprochen „weitergereicht“ worden?

Die frühkindliche Medienerziehung war kein Schwerpunkt in der Arbeit der Enquetekommission. Aber auch hier vollzieht sich ein rasanter Wandel. Umso wichtiger ist es, die Forschung zu begleiten und „best practice“-Modelle wahrzunehmen. Grundlage sollte dabei sein, dass mediale Angebote in Kindertageseinrichtungen zur Auseinandersetzung mit

¹⁵ Siehe Vorlage EK 15/3-4.

innerer und äußerer Realität die ganze Palette von Medien umfassen sollten, um eine media literacy, eine Alphabetisierung von Hören und Sehen im weitesten Sinne, in Gang zu setzen.

In Rheinland-Pfalz finden sich Ansätze in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten. Dort heißt es u.a. unter Punkt 3.11.: „Wahrnehmung von Welt sollte zunächst mit allen Sinnen, also neben den vornehmlichen Sinnen von Augen und Ohren auch über den Geruchssinn, Tastsinn und Geschmackssinn erfolgen“.¹⁶

In den Empfehlungen ist ebenfalls festgehalten, dass Kinder in der Kindertagesstätte die Möglichkeit erhalten sollen, unterschiedliche Medien kennen zu lernen und sich mit diesen auseinander zu setzen. Welterfahrungen sollten medial unterstützt und ergänzt werden. Medien stellen zugleich eigene Erfahrungsräume dar. Ziel soll sein, Kinder auf den sicheren Umgang mit neuen Medientechnologien sowie auf eine kritische Haltung hinsichtlich des Medienkonsums vorzubereiten.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen spiegelt sich in zahlreichen Maßnahmen, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurden wider:

1. **„Ohrenspitzer“** – Hörspaß für Kinder. Zentrales Ziel des Ohrenspitzer-Kita-Projekts war die Entwicklung eines methodisch-didaktischen Hör- und Zuhörkonzeptes für den Vorschulbereich, das geeignete praxistaugliche Materialien und (Hör-)Medien exemplarisch einbezieht und damit einen konkreten Beitrag zu Medienkompetenz von Kindern leistet. Zusätzlich wurde ein Fortbildungskonzept für Erzieherinnen und Erzieher erarbeitet. Gefördert wurde das Projekt durch die Stiftung MedienKompetenz ForumSüdwest.¹⁷
2. **Der medienpädagogische Erzieher/innen Club - mec** – ein Kooperations-Projekt von medien+bildung.com und der Stiftung Lesen. „mec“ versteht sich als ein Serviceangebot in Clubform für Erzieherinnen, Erzieher und pädagogisches Fachpersonal für innovative praktische Medienbildung in Kindertagesstätten und verknüpft Medienkompetenz durch aktive Medienarbeit mit der Förderung von Sprach- und Lesekompetenz.¹⁸ Die Angebote von mec konzentrieren sich auf drei Bereiche:
 - mec-Medienboxen mit altersgerechten Medienprodukten unterschiedlichster Art, z.B. vom Bilderbuch bis hin zu Lern- und Spielsoftware,
 - Service-Plattform www.mec-rlp.de für Erzieher/innen und Eltern,

¹⁶ Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend 2004: Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten, S. 35.

¹⁷ <http://www.ohrenspitzer.de>

¹⁸ <http://www.mec-rlp.de>

- medienpädagogische Fortbildungen, in denen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Kinder in die Lage versetzt werden können, die Vielfalt der verschiedenen Medien kennen zu lernen, die Funktion und den Nutzen von Medien zu erfahren, den Umgang mit Medien zu üben, aber auch Gefahren des Missbrauchs und der Manipulation durch Medien zu erkennen.

Der medienpädagogische Erzieher/innen Club wird mit dem Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher des Landes unterstützt.

3. **„Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“:** Seit 2005 wurden im Rahmen eines Kooperationsvertrags zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und Microsoft 206 Kindertagesstätten mit Laptops und dem Lernprogramm „Neues von den Schlaumäusen“, einer speziellen Software zur Sprachförderung für Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren ausgestattet.¹⁹ Parallel dazu wurden jeweils zwei Erzieherinnen oder Erzieher der ausgewählten Einrichtungen in das pädagogische Konzept sowie die Lernspiele der „Schlaumäuse“ eingeführt. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und die Multimediainitiative der Landesregierung rlpinform der Zentralstelle für IT und Multimedia im Ministerium des Innern und für Sport werden im Jahr 2010 55 weitere Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz mit der Hard- und Software ausstatten.
4. **Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher:** Im Rahmen des Curriculums für ein landesweites Fortbildungszertifikat für Erzieherinnen und Erzieher fördert die Landesregierung Fortbildungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher zum Thema „Medien“. So konnten in den Jahren 2006 bis 2009 1.112 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an insgesamt 81 Fortbildungen zu diesem Thema zu deutlich vergünstigten Preisen teilnehmen.
5. **Konsultationskindertagesstätte:** Die Kindertagesstätte „Haus des Kindes“ in Stackeden-Elshem (Kreis Mainz-Bingen) wurde bis Ende 2010 zur Konsultationskindertagesstätte mit dem Themenschwerpunkt „Medien“ ernannt. Sie ist beratend und unterstützend für andere Kindertagesstätten tätig und wird dies auch weiterhin sein.
6. **Kitaserver:** Vor einigen Jahren hat das Land Rheinland-Pfalz den sogenannten Kitaserver ins Leben gerufen. Unter www.kita.rlp.de finden Erzieherinnen und Erzieher, Eltern, Träger und weitere Interessierte alle wichtigen und aktuellen Informationen aus dem Kindertagesstättenbereich. Die Kindertagesstätten haben auf dem Server auch die Möglichkeit, ihre Einrichtung darzustellen. Der Kitaserver trägt dazu bei, dass der Umgang

¹⁹ <http://www.schlaumaeuse.de>

mit dem Medium Internet für Erzieherinnen und Erzieher selbstverständlicher wird und hat manchen Träger dazu veranlasst, seine Kindertagesstätte mit Computer und Internet auszustatten.

Diese Beispiele deuten an, dass frühkindliche Medienerziehung einen eigenen Stellenwert besitzt. Welche Bedeutung er erlangen wird, hängt davon ab, wie sich Eltern und Erzieherinnen und Erzieher in der Welt des rasanten Medienwandels positionieren werden. Obwohl es bereits eine Vielzahl an Fortbildungsangeboten für Erzieherinnen und Erzieher zu medienpädagogischen Themen existieren, haben einige Fachkräfte immer noch Vorbehalte, sich mit dem Computer und dem Internet auseinanderzusetzen und insbesondere die „Neuen Medien“ in ihrer Arbeit einzusetzen. Damit aber Kinder schon früh altersgerechte Medienerfahrungen machen, ist ein Faktor entscheidend: die wachsende Medienkompetenz bei Eltern und Erzieherinnen und Erziehern. Die Heranführung an diese Medien und das Aufzeigen von Möglichkeiten, wie diese Medien in der Kindertagesstätte genutzt werden können, erscheint daher als der richtige Weg, der weiterhin verfolgt werden sollte.

Medienkompetenz als Vierte Kulturtechnik- Bedeutung für den Schulbereich

Die Länder haben die Bedeutung der Medienkompetenzförderung im Rahmen der in der Schule zu vermittelnden Kulturtechniken frühzeitig aufgegriffen und umfangreiche Maßnahmen zur Umsetzung im Schulbereich vereinbart, so. z.B. in der Erklärung der Kultusministerkonferenz „MEDIENPÄDAGOGIK IN DER SCHULE: „In Fortführung der einschlägigen Erklärungen und Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und unter Bezug auf den von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im Dezember 1994 verabschiedeten ‚Orientierungsrahmen Medienerziehung in der Schule‘ stellen die Kultusminister und -senatoren übereinstimmend fest, dass Medienpädagogik die Schülerinnen und Schüler zu einem sachgerechten, selbstbestimmten und sozial verantwortlichen Umgang mit den Medien befähigen muss.“²⁰ Die Empfehlungen haben in den Rahmen-, und Lehrplänen der Länder vielfältigen Niederschlag gefunden.

Der Schulausschuss der Kultusministerkonferenz hat sich in seiner Sitzung am 30.09.2010 mit der Frage der Neufassung der Erklärung von 1995 befasst und die Amtschefkonferenz²¹ gebeten, sich mit der Frage einer Neufassung auseinanderzusetzen. In der Begründung heißt es: „Medien - vom Buch bis zur Website, vom Rundfunkbeitrag bis zu sozialen Netzwerken - sind Mittel und Mittler der Weltaneignung, der Arbeit, der Gestaltung, der Kommunikation und des Lernens. Medien gehören zum Kern von Bildung. Praktische, persönliche und politische Bildung sind heute ohne Medien nicht denkbar. Medienkompetenz

²⁰ Erklärung der Kultusministerkonferenz vom 12.05.1995.

²¹ 204. Amtschefkonferenz am 18. November 2010 in Bonn.

ist eine Schlüsselqualifikation unserer Gesellschaft und für die Bildung von grundlegender Bedeutung.“

Die Bildungsstandards für den Primarbereich, den Hauptschulabschluss und den mittleren Schulabschluss der Kultusministerkonferenz unterstreichen die Bedeutung digitaler Medien bei der Realisierung fachlicher Kompetenzen.²²

Bildungsvergleichsstudien wie IGLU oder Pisa haben den Zusammenhang der Kompetenzförderung im Medienbereich mit der Entwicklung von Lese- und Rechtschreibkompetenzen wiederholt hergestellt, allerdings auch auf den Nachholbedarf im internationalen Vergleich deutlich hingewiesen.

Die Länderkonferenz MedienBildung, eine Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienzentren der Länder, hat 2008 ein Positionspapier „Kompetenzorientiertes Konzept für die Schulische Medienbildung“ erarbeitet.²³

Bildungsinteressierte aus Schule und Wissenschaft haben sich zur Initiative „Keine Bildung ohne Medien“ zusammengeschlossen und thematisieren diese Fragestellungen in Erklärungen und Veranstaltungen.

Medienkompetenzförderung an Schulen in Rheinland-Pfalz

Medienkompetenz wird an den Schulen in Rheinland-Pfalz von der Grundschule bis hin zu den weiterführenden und berufsbildenden Schulen als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip vermittelt. Neben der Förderung der Medienkompetenz bieten die digitalen Medien als Werkzeuge für den Unterricht aller Jahrgangsstufen ein erhebliches Innovationspotenzial, für die fachübergreifende Projektarbeit, für Arbeitsgemeinschaften und für die Förderung einer vertieften Fachlichkeit, für interkulturelles Lernen und für die Entwicklung einer sich wandelnden Lehr- und Lernkultur (z.B. mehr Schüleraktivierung; Binnendifferenzierung und individuelle Förderung).

Das breite Handlungsfeld der digitalen Medien eröffnet große Chancen, bedarf jedoch permanenter Förderung und wiederholter Anstöße in den Schulen. Dieser Bereich ist zudem durch die rasanten Entwicklungen, vor allem des Internets, einem mehr als dynamischen Wandel unterworfen. Als Beispiel sei die rasante Entwicklung des web 2.0 oder 3.0 mit den sozialen Netzwerken genannt, die die gesellschaftliche Kommunikationskultur maßgeblich beeinflusst. Diese schnellen Veränderungen erfordern eine ständige Anpassung und

²² <http://www.kmk.org/bildung-schule/qualitaetssicherung-in-schulen/bildungsstandards/dokumente.html>

²³ <http://www.laenderkonferenz-medienbildung.de/sites/medienbildung.html>

Aktualisierung der Informations- und Unterstützungsangebote für die Schulen, sowohl in Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrkräfte und die Eltern.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich der Aufgabe der Medienkompetenzvermittlung im Bildungsbereich frühzeitig angenommen und zahlreiche Projekte und Maßnahmen entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Sie hat damit deutschlandweit eine Vorreiterrolle eingenommen.

Zur Durchführung des Landesprogramms „**Medienkompetenz macht Schule**“ wurden bisher rund acht Millionen Euro aus Einsparungen der Zentralstelle für IT und Multimedia im Ministerium des Innern und für Sport bereit gestellt. Weitere zwei Millionen Euro folgen im Jahr 2011. Außerdem kamen zehn Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II hinzu. Die Umsetzung erfolgt in hohem Maß durch das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz. Das 10-Punkte-Programm der Landesregierung erfährt von den Beteiligten, der wissenschaftlichen Begleitforschung und von der (Fach)Öffentlichkeit große Beachtung und stößt auf hohe Akzeptanz.

Auch die Landesanstalt für Medien und Kommunikation (LMK), widmet sich in großem finanziellem und personellem Umfang dem Medienkompetenzaufbau. Hinzu kommen umfangreiche Angebote weiterer Partner auf Landes- und Bundesebene, wie die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, der Landesbeauftragte für den Datenschutz, die Präventionsarbeit der Kriminalpolizei, der SWR – Landessender Mainz und Baden-Baden, die Initiative D21 und Firmen wie Intel, der Internetwettbewerb „Netrace“ (Verlagsgruppe Rhein-Main), das Zeitungsprojekt „Zeile“ für - aktuell ca. 1.100 - Auszubildende in Kooperation mit allen Tageszeitungen in Rheinland-Pfalz oder Projekte wie mit der Rhein-Zeitung („rz-Klasse“ mit rund 23.000 teilnehmenden Schülerinnen und Schüler) und in Kooperation mit der Firma SAP („Robotics“).

In das 10-Punkte-Programm der Landesregierung sind auch die Medienkompetenznetzwerke (MKN) integriert. MKNs sind Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene zur Förderung der Medienkompetenz einer breiten Zielgruppe. Durch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Partner in einem solchen regionalen Netzwerk und die Bündelung von Ressourcen entstehen Synergieeffekte. Innovative und kreative Ideen werden gemeinsam entwickelt und umgesetzt. Dabei werden die Stärken der jeweiligen Partner genutzt. Die MKNs leisten einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung des Medienstandorts Rheinland-Pfalz, indem sie die Menschen in den Regionen fit im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechniken machen und Medienkompetenz in die Breite tragen. Insgesamt sind acht MKNs in ihren jeweiligen Regionen aktiv (Trier, Südwestpfalz, Eifel, Koblenz, Mainz-Rheinhessen, Kaiserslautern, Speyer, Ludwigshafen).

Die Programme und Maßnahmen zum Erwerb von Medienkompetenzen sollten weitergeführt und ausgebaut werden.

Besondere Angebote im Primarbereich

Um in der Grundschule die Integration von neuen Medien voranzubringen, startete 2010 der Landesmodellversuch „Digitale Medien in der Grundschule“ (DIMIG), an dem zehn Grundschulen und zwei Studienseminare beteiligt sind. Der Modellversuch erprobt Möglichkeiten, in welchen Strukturen und mit welchen Anforderungsprofilen das Lernen mit digitalen Medien in unterschiedlichen Lernbereichen der Grundschule gefördert werden kann. Als Ausstattung werden vor allem interaktive elektronische Wandtafeln zur Verfügung gestellt. Projektadressaten sind neben den Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern auch die Eltern. Der Modellversuch wird wissenschaftlich begleitet.

Darüber hinaus bietet das Pädagogische Landesinstitut ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten für Schulen im Primarbereich. Hierzu gehören z.B. die Bereitstellung von Bildungssoftware für die Grundschulen (z.B. Lernwerkstatt 7, Zuhörförderung, Praxisbeispiele und Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte). Darüber hinaus stehen die Qualifizierungsangebote im Rahmen des 10-Punkte-Programms „Medienkompetenz macht Schule“ für Lehrkräfte und Eltern auch allen Schulen im Primarbereich zur Verfügung.

Auf Basis der Forschungsergebnisse im Rahmen des Projektes DIMIG (Digitale Medien in der Grundschule) können Erkenntnisse für eine Erweiterung der technischen Ausstattung der ca. 980 Grundschulen in Rheinland-Pfalz gewonnen werden. Langfristig könnte eine möglichst flächendeckende Verbesserung der Ausstattung der Grundschulen sowie weitere umfassende medienpädagogische Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte ins Auge gefasst werden.

Verankerungen in den Bildungsstandards, Rahmenplänen, Lehrplänen und der Qualitätsarbeit in den Schulen

Zahlreiche Hinweise zu Förderung der Medienkompetenz als überfachliche Schlüsselqualifikation sind in den Rahmenplänen für die Grundschule, den Lehrplänen und den Bildungsstandards für den mittleren Abschluss festgehalten.

Zur nachhaltigen Förderung der Medienkompetenz als Unterrichtsprinzip für alle Unterrichtsfächer und Jahrgangsstufen und zur Umsetzung in mediendidaktischen Zusammenhängen gibt es im Rahmen der Qualitätsarbeit in der Schul- und

Unterrichtsentwicklung zahlreiche Hinweise (Orientierungsrahmen Schulqualität²⁴ sowie in der mittelfristigen schulischen Fortbildungsplanung²⁵).

Das Pädagogische Landesinstitut hat in seiner Handreichung zur Medienbildung in der Primarstufe und Sekundarstufe I Vorschläge zur fächerübergreifenden Medienkompetenzvermittlung in allen Klassenstufen, sowie Unterrichtsbeispiele/-anregungen publiziert.²⁶

Darüber hinaus haben Fragestellungen der Medienbildung durchweg Berücksichtigung in den neuen Rahmen- und Lehrplänen gefunden. Wichtige Hinweise sind auch im Konzept "Informatische Bildung"²⁷ zusammengefasst.

Exemplarisch sind Hinweise zur Medienbildung in einzelnen Unterrichtsfächern zu nennen: im Rahmenplan Grundschule²⁸, im Rahmenlehrplan Mathematik²⁹, im Lehrplan Evangelische Religion Orientierungsstufe und Sekundarstufe I³⁰, im Rahmenplan Wahlpflichtfachbereich (Hauswirtschaft und Sozialwesen, Technik und Naturwissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung und zweite Fremdsprache), Realschule plus³¹, Informatik Wahlfach Sekundarstufe I Gymnasien³² und Gesellschaftslehre IGS³³.

Eine weitere Möglichkeit, fundierte Kompetenzen nachzuweisen, ist der Europäische Computerführerschein (ECDL). Er ist ein Zertifikat, das Kompetenzen im Umgang mit den digitalen Medien auf der Grundlage europaweiter Standards - vor allem im Office-Bereich -

²⁴ <http://www.mbwjk.rlp.de/bildung/schule-und-bildung/schulqualitaet/orientierungsrahmen-schulqualitaet-ors/>

²⁵ http://bildung-rp.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=uploads/media/Fortbildungsplanung.pdf&t=1284042292&hash=d097d1fff111e91216b0a67a6602fd05

²⁶ LMZ Medienkonzept: „Medienkompetenz macht Schule – Medienbildung in der Primar- und Sekundarstufe I. Bausteine für eine veränderte Lehr- und Lernkultur – Handreichung“.

²⁷ http://ifb.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/ifb.bildung-rp.de/Faecher/Informatische_Bildung_Sek.I/informatische_bildung.pdf

²⁸ http://lehrplaene.bildung-rp.de/no-cache/gehezu/startseite.html?tx_abdownloads_pi1%5Baction%5D=getviewclickeddownload&tx_abdownloads_pi1%5Buid%5D=229

²⁹ http://lehrplaene.bildung-rp.de/no-cache/lehrplaene-nach-faechern.html?tx_abdownloads_pi1%5Baction%5D=getviewclickeddownload&tx_abdownloads_pi1%5Buid%5D=219&tx_abdownloads_pi1%5Bcid%5D=5786

³⁰ http://lehrplaene.bildung-rp.de/no-cache/lehrplaene-nach-faechern.html?tx_abdownloads_pi1%5Baction%5D=getviewclickeddownload&tx_abdownloads_pi1%5Buid%5D=445

³¹ Im Wahlpflichtbereich ist Informatische Bildung ein durchgängiges Unterrichtsprinzip, das verbindlich in den Fächern umzusetzen ist. Ziel der Informatischen Bildung ist der sachgerechte, reflektierte, kritische, verantwortungsvolle Umgang mit grundlegenden Informations- und Kommunikationstechnologien
http://realschuleplus.rlp.de/fileadmin/realschuleplus.rlp.de/Downloads/Nrichten/Rahmenplan_Wahlpflichtbereich.pdf

³² http://gymnasium.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/gymnasium.bildung-rp.de/rechtsgrundlagen/Hinweise_LP_wahlfach_INF1_08.pdf

³³ http://lehrplaene.bildung-rp.de/no-cache/gehezu/startseite.html?tx_abdownloads_pi1%5Baction%5D=getviewclickeddownload&tx_abdownloads_pi1%5Buid%5D=491&tx_abdownloads_pi1%5Bcid%5D=10630

bescheinigt. Es ist ein in der Wirtschaft anerkanntes Zertifikat, das jungen Menschen den Einstieg in das Arbeitsleben erleichtert. Auf der Grundlage einer Vereinbarung des Landes mit der Dienstleistungsgesellschaft für Informatik in Bonn sind inzwischen über 70 Schulen Prüfungszentren und können somit die Prüfung zum ECDL selbst abnehmen.

In den letzten Jahren haben Fragen der Medienkompetenzförderung zunehmend Berücksichtigung in den Rahmen- und Lehrplänen gefunden. Es wird in Zukunft darauf ankommen, die Beschreibung der zu erreichenden Kompetenzen den aktuellen Erfordernissen anzupassen und in ein geschlossenes und sich spiralförmig aufbauendes „Medienkompetenzcurriculum“ als Gesamtkonzept zu integrieren und die Schulen bei der operativen Umsetzung im Rahmen ihrer schulischen Selbstständigkeit bedarfsgerecht zu unterstützen. Das schließt weitere Impulse für die Schulprogrammarbeit in der Umsetzung des Orientierungsrahmens Schulqualität und die nachhaltige Umsetzung der Empfehlungen der AQS im Rahmen der Zielvereinbarungen ein.

Integration von Fragen der Medienkompetenz, Medienbildung und Mediendidaktik in die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte

Zukünftig werden Anwärtinnen und Anwarter mit gestiegenen und in den kommenden Jahren auch weiter steigenden IT-Grundfertigkeiten (z.B. Computerhandling, Internet, Textverarbeitung) in den Schul-, Studien- bzw. Ausbildungsbereich eintreten. Der rasante Wandel der digitalen Medien und vor allem des Internets stellt ständig weitergehende Anforderungen an die zu vermittelnden Kenntnisse und Qualifikationen, vor allem im unterrichtsmethodischen und fachdidaktischen Bereich. Diesen geänderten Herausforderungen wird im Schulbereich vor allem durch die Angebote des Pädagogischen Landesinstituts, aber auch im Bereich der Lehrkräfteausbildung Rechnung getragen.

Lehrerausbildung – Lehramtsstudium

Seit dem Wintersemester 2005/2006 ist Medienbildung für Studierende aller Lehramter verbindlicher Bestandteil des Lehramtsstudiums, lehramtsübergreifend für alle Schularten.³⁴ In Modul 2 „Didaktik, Methodik, Kommunikation und Medien“ des Studienfaches Bildungswissenschaften wird ein reflexiver, selbstbestimmter und kreativer Umgang mit Medien unter technischem, praktischem, ästhetisch-bildendem und emanzipatorischem Aspekt thematisiert. Bildung und Medienkompetenz sowie Medienentwicklung und Konzepte der Medienpädagogik sind Gegenstand einer Lehrveranstaltung.

Das Lehrangebot in diesem Sektor wurde zudem dauerhaft durch ein medienpädagogisches Lehrangebot im „Netzwerk Bildungswissenschaften“ des Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz

³⁴<http://www.mbwjk.rlp.de/bildung/schuldienst-und-lehrerberuf/reform-der-lehrerinnen-und-lehrerausbildung/>

verstärkt. Lehramtsstudierende und -anwärter haben im Pädagogischen Landesinstitut grundsätzlich Praktikums- bzw. Projektmöglichkeiten, auch Examensarbeiten wurden schon begleitet.

Lehrerbildung – Vorbereitungsdienst in den Studienseminaren

Bereits mit Einführung der informationstechnischen Grundbildung in den 1980er Jahren wurde in den Studienseminaren des Landes die medienpädagogische Ausbildung sehr pragmatisch angegangen.

Ausbildungsveranstaltungen zu Informations- und Kommunikationstechnologien sowie deren Nutzung im Unterricht sind seitdem fester Bestandteil der zweiten Phase der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (Vorbereitungsdienst) und werden dort adressatenorientiert angeboten.

An den in rheinland-pfälzischen Schulen eingerichteten medienpädagogischen Projekten partizipieren Fachleiterinnen und Fachleiter wie Anwärterinnen und Anwärter im Zuge ihrer schulischen Tätigkeit bzw. Ausbildung. Die Anwärterinnen und Anwärter sind an den Schulen eingesetzt und nehmen daher auch an den Fortbildungsangeboten, die im Rahmen des 10-Punkte-Programms für die Schulen zur Verfügung stehen, teil.

Die jährliche zentrale Fortbildungsveranstaltung in Mainz iMedia und andere Veranstaltungen stehen auch Anwärterinnen und Anwärtern offen. Mittlerweile nehmen ganze Studienseminare geschlossen an diesen Veranstaltungen teil.

Eine Reihe von Studienseminaren haben darüber hinaus auch das Projekt „Intel® Lehren“ in ihr Ausbildungsangebot aufgenommen. Die besondere Affinität zur Welt der Neuen Medien angehöriger Lehrkräfte wird für die Mitwirkung an Jugendschutzprojekten genutzt; häufig gestalten auch in der Ausbildung befindliche angehörige Lehrkräfte Kurse aktiv als Nutzer mit besonderer Expertise mit.

An mehreren Studienseminaren wird im Rahmen der Seminarveranstaltungen über grundsätzliche Fragen des Jugendmedienschutzes, Datenschutzes und Verbraucherschutzes informiert und die Ausbildung zum Jugendmedienschutzberater angeboten.

Das Repertoire des Engagements schließt auch regionale Kooperationsprojekte ein: So gestaltete beispielsweise das Staatliche Studienseminar für das Lehramt an Realschulen Mainz bereits zum zweiten Mal ein Kooperationsprojekt mit dem SWR-Landesstudio Rheinland-Pfalz, in dem künftige Lehrkräfte unterrichtspraktische Ansätze mit ihren

Lerngruppen unter Mitwirkung von Experten des Südwestrundfunks aus Produktion und Redaktion und bei unterrichtsbezogener Begleitung durch ihre Fachleiterinnen und Fachleiter ausarbeiten, durchführen und evaluieren.

Medienpädagogische, insbesondere mediendidaktische Inhalte, sollten verstärkt in der Ausbildung der Lehrkräfte in der ersten und zweiten Phase verankert werden. Es wird in Zukunft darum gehen, die guten Grundlagen vor allem in den Studienseminaren weiter zu verstetigen und zu einem standardisierten und modularen Ausbildungskanon für junge Lehrkräfte weiterzuentwickeln, um sie mit den erforderlichen Kenntnissen der digitalen Welt und den fachlichen, methodischen und didaktischen Kompetenzen ausstatten, die sie in der täglichen Schul- und Unterrichtspraxis verfügen müssen.

Fortbildung der Lehrkräfte im Dienst

Im Rahmen des Landesprogramms „Medienkompetenz macht Schule“ haben sich bislang rund 20.000 Lehrkräfte in Fortbildungen im Bereich der digitalen Medien schulen lassen. Etwa 1.000 Lehrkräfte nehmen am jährlichen Medienbildungsforum „iMedia“ in Mainz teil.

Die Ausbildung der Lehrkräfte im Umgang mit der Technik wird in sieben regionalen Schulungszentren auf der Grundlage einheitlicher Standards gebündelt und in die Fläche getragen. Hinzu kommt ein breites Angebot fachdidaktischer Fortbildungsveranstaltungen. 130 Schulen erproben Formen des eLearning auf der Landesplattform „Lernen online RLP“.

Bisher wurden 40 "Landesmoderatorinnen und -moderatoren Jugendmedienschutz" ausgebildet, die in regionalen Veranstaltungen Lehrkräfte für die Aufgabe einer/eines "Jugendmedienschutzberaterin bzw. -beraters" qualifizieren. Über 1.200 Lehrkräfte wurden so bisher zu Jugendmedienschutzberaterinnen und -beratern ausgebildet. Allen Schulen wird zudem ein umfassender Reader mit Unterrichtsmaterialien zu allen relevanten Themen kostenlos zur Verfügung gestellt. Mit Fragen des Jugendmedienschutzes befasste sich auch der Landespräventionstag des Ministeriums des Innern und für Sport am 8. September 2008 im Kurfürstlichen Schloss in Mainz. Über 200 Lehrkräfte haben an dieser Veranstaltung teilgenommen.

Ziel ist es, möglichst alle Pädagoginnen und Pädagogen in Sachen Medienkompetenz weiterzubilden. Die Neustrukturierung der pädagogischen Serviceeinrichtungen mit der Gründung des Pädagogischen Landesinstituts zum 1. August 2010 bietet neue Möglichkeiten (auch via eLearning oder Online-Blended Learning) innerhalb der nächsten Jahre weitere ca. 20.000 Lehrerinn und Lehrer über neue Entwicklungen zu informieren und fortzubilden.

Qualifizierung von Führungskräften

Bei der Förderung der Medienkompetenz - im Rahmen der Personal-, Schul-, und Unterrichtsentwicklung und der Realisierung des Orientierungsrahmens Schulqualität - spielt die Schulleitung eine entscheidende Rolle. Medienkompetenzförderung ist eine Führungsaufgabe. Erste Module eines Qualifizierungsangebots vor allem für zukünftige Schulleitungen werden in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Schulleitung und Personalentwicklung im Pädagogischen Landesinstitut unter dem Arbeitstitel „Medienintegration als Führungsaufgabe“ entwickelt (z.B. Module zu „Schule.Medien.Recht“).

Für Führungskräfte sollte eine Intensivausbildung in Sachen Medienkompetenz, Mediendidaktik, Jugendmedienschutz, Datenschutz, Rechtsfragen, Medienkonzeptentwicklung und -implementierung als integrativer Bestandteil der schulischen Organisationsentwicklung erarbeitet und umgesetzt werden.

Schülerpartizipation

Peer-to-peer-Konzepte, d.h. die jeweilige Zielgruppe in medienpädagogische Arbeit einzubinden, haben sich bewährt. Neben den fachlichen Aspekten haben diese Angebote erhebliche positive Effekte auf die grundsätzliche Einstellung von Schülerinnen und Schülern zur Schule. Für sie stellen diese Konzepte eine hohe Wertschätzung ihres Beitrags zur Gestaltung von Schule und der Partizipation an schulischen Entwicklungen und der Anerkennung der Jugendmedienkultur insgesamt dar.

Etwa 600 Schülerinnen und Schüler an 38 Schulen geben ihr Wissen als „Medienscouts“ an ihre Mitschülerinnen und Mitschüler weiter. Sie sollen weitere „Scouts“ in der Schule qualifizieren und so ihr Wissen auch nach ihrem Weggang von der Schule verfügbar machen. Das Vorhaben „Medienscouts“ wird in 2011 mit dem Ziel fortgesetzt, das Konzept in die Fläche zu tragen und hierbei besonders Schulen mit bildungsbenachteiligten Schülerinnen und Schülern in den Blick zu nehmen. Deshalb wird – mit Unterstützung von Jugendschutz.net – das „Medienscout“-Projekt weitergeführt und ausgebaut. Möglichst viele Schulen in Rheinland-Pfalz sollten die Möglichkeit erhalten, über entsprechende Medienscouts zu verfügen. Verlage zeigen inzwischen Interesse an einer Publikation des Konzepts und die Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen hat bekundet, ein ähnliches Konzept auf den Weg zu bringen.

Um Jugendliche rechtlich fit für den Umgang mit neuen Medien zu machen und sie für die finanziellen Gefahren zu sensibilisieren, bietet die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz Vorträge für Schulklassen an. Der Datenschutzbeauftragte des Landes bietet vergleichbare

Angebote zu Themen des Datenschutzes vor allem in sozialen Netzwerken an. Etwa 500 Schülerinnen und Schüler nehmen jährlich am europaweiten Aktionstag „Safer-Internet-Day“ in Mainz teil.

Elternbeteiligung bei schulischen Maßnahmen der Medienkompetenzförderung

Kinder machen ihre ersten Medienerfahrungen in der Familie. Dabei kommt den Eltern eine wichtige Vorbildfunktion zu. Dennoch fühlen sich Eltern oft überfordert und besitzen, insbesondere im Bereich der digitalen Medien, mitunter mangelnde Erziehungskonzepte. Ein Schwerpunkt rheinland-pfälzischer Medienkompetenzförderung ist daher die Einbeziehung der Eltern.

Die zentrale Agentur beim Pädagogischen Landesinstitut in Koblenz bildet seit 2007 externe Experten für die Elternarbeit aus und stellt diese als Referentinnen und Referenten sowie Budgets für die Durchführung der Elternveranstaltungen bereit. 300 Veranstaltungen mit ca. 13.000 Eltern konnten bisher gefördert werden. Hierbei standen Themen wie Internetkommunikation und Web 2.0, Chat und Instant Messaging, Handy - Chancen und Risiken, Kostenfallen - Handy und Internet, Computerspiele und der Umgang mit jugendgefährdenden Inhalten im Vordergrund.

Den Eltern aller 5. und 6. Schulklassen der allgemeinbildenden Schulen wurden 100.000 Exemplare der Broschüre der Landesregierung „Surfen? Aber sicher!“ zur Verfügung gestellt, um ihnen und ihren Kindern den Umgang mit neuen Medien zu erleichtern.

Es ist von besonderer Bedeutung, die (medienpädagogische) Elternarbeit intensiv fortzuführen, die Eltern früh anzusprechen und ihre Erziehungskompetenz zu stärken. Deshalb sollte die Elternarbeit über Informationsmaterial und Fortbildungsveranstaltungen unter Einbindung der Elternorganisationen intensiviert und aktuellen Herausforderungen angepasst werden.

Technische Infrastruktur in den weiterführenden und berufsbildenden Schulen

Im Rahmen des Landesprogramms „Medienkompetenz macht Schule“ konnten bisher 390 weiterführende und berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz mit innovativer Technik wie interaktive Whiteboards, mobile Laptoneinheiten und mehrheitlich die standardisierte pädagogische Netzwerklösung MNS+ oder Skolelinux im Wert von 40.000 Euro je Schule ausgestattet werden. Die Zahl der zu fördernden Schulen wird 2011 auf insgesamt über 400 erhöht werden. Aktuell werden alle Studienseminare mit interaktiven Wandtafeln und Laptops ausgestattet, um die Möglichkeiten der digitalen Medien noch stärker in der Ausbildung junger Lehrkräfte zu verankern.

Im Jahr 2010 stehen den Schulen in Rheinland-Pfalz insgesamt 71.484 Computer zur Verfügung. Im Vergleich zum letzten Erhebungsjahr (2008) stieg die Gesamtzahl der Computer um etwa 23 Prozent. 2010 teilen sich durchschnittlich acht Schülerinnen und Schüler einen Computer. Im Vergleich zum Jahr 2008 ist das eine Verbesserung um ca. 20 Prozent. Auch langfristig ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen, da sich in den letzten zwölf Jahren die Computerausstattung an rheinland-pfälzischen Schulen knapp vervierfachte – so nutzten 1998 noch 31 Schülerinnen und Schüler einen Computer.

In 81 Prozent der Schulen werden vernetzte Computer in einem serverbasierten Netzwerk genutzt. An 469 Schulen, das sind 27,3 Prozent, kommen kabellose lokale Netzwerke (W-LAN) zum Einsatz. Insgesamt 7.926 Computer sind auf diese Weise vernetzt, was einer Steigerung im Vergleich zum Jahr 2008 von etwa 103 Prozent entspricht.

Eine standardisierte Netzwerklösung nutzen insgesamt 477 Schulen (ca. 34 Prozent). Die Musterlösung für Windows-Serversysteme MNS⁺ kommt an 264 Schulen zum Einsatz und 213 Schulen nutzen eine „sonstige“ Netzwerklösung - u.a. die auf Linux-Serversystemen basierende Netzwerk-Musterlösung Skolelinux.

Der Anteil von Notebooks an der Computerausstattung - sei es im Besitz der Schule oder der Schülerinnen und Schüler - hat sich auf 13.088 (das sind ca. 18 Prozent der Geräte) erhöht. Im Jahr 2010 verfügen nun 387 Schulen über mindestens eine interaktive Wandtafel – im Jahr 2008 hatten dagegen nur 130 Schulen eine solche Wandtafel.

Lernplattformen (Learning Management Systeme) werden an insgesamt 357 Schulen (21 Prozent) eingesetzt, wobei „Moodle“ mit 101 Schulen überwiegt.

Die Strategie des Landesprogramms, die Geräteausstattung in den Schulen mit dem Ziel einer Integration der digitalen Medien in den Klassenraum und damit in den regulären Unterricht zu erhöhen, schlägt sich deutlich in der Ausstattungsstatistik nieder. Der Einsatz von standardisierten pädagogischen Netzwerklösungen sollte weiter vorangetrieben werden, um die Verfügbarkeit der Systeme zu erhöhen und deren Nutzung durch die Lehrkräfte zu vereinfachen. Darüber hinaus benötigen die Ansätze des eLearning in den Schulen auch im Hinblick auf die Stärkung des schülerzentrierten, selbstständigen und lebenslangen Lernens weitere Impulse. Nach wie vor wird Handlungsbedarf bei etwa 250 weiterführenden und berufsbildenden Schulen und bei der Erneuerung der Ausstattung im Grundschulbereich gesehen.

Datenschutz in den Schulen

Die intensive Nutzung sozialer Netzwerke wie SchülerVZ, WKW und Facebook sowie weiterer Internetdienste wirft zunehmend grundlegende Fragen des Schutzes persönlicher Daten und damit des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung auf.

Dabei geht es um die Risiken und Gefahren, die sich aus der Nutzung des Internets für das Datenschutzgrundrecht ergeben. Diese Risiken hängen vor allem mit den Datenspuren zusammen, die jeder im Netz hinterlässt und die von Dritten – legal und illegal – genutzt werden können und zwar auf unbegrenzte Zeit. Darüber sind Schülerinnen und Schüler zu informieren und aufzuklären. Ihnen muss außerdem vermittelt werden, welche Möglichkeiten sie haben, um diesen Gefahren selbst begegnen zu können. Dabei geht es im Wesentlichen um den so genannten Selbstschutz, der auf vielfältige Weise realisiert werden kann. Auf der Homepage des Landesbeauftragten für den Datenschutz, die spezielle Informationen für Schulen und Jugendliche vorhält, sind die wichtigsten Hilfen genannt, mit denen man die eigene Privatsphäre schützen kann.

Die Möglichkeiten des Selbstschutzes werden ergänzt durch spezielle Auskunfts-, Berichtigungs- und Löschungsrechte, die nach dem Bundesdatenschutzgesetz und dem Landesdatenschutzgesetz jedem zur Verfügung stehen und auch genutzt werden müssen.

All das sind Datenschutz-Themen, die im schulischen Unterricht zur Sprache kommen müssen. Die notwendigen Unterrichtsmaterialien stehen dafür bereits zur Verfügung. Zu ihnen zählt die von Klicksafe und dem Landesdatenschutzbeauftragten erstellte Broschüre „Ich bin öffentlich ganz privat – Datenschutz und Persönlichkeitsrechte im Web“, die zum Safer Internet Day am 5. Februar 2010 erschienen ist. Zu erwähnen ist außerdem die vom Landesdatenschutzbeauftragten erstellte Broschüre „Die Schöne Neue Welt von SchülerVZ, WKW & Co“, die in einer Auflage von 40.000 Exemplaren an die Schulen verteilt wurde und auch in Fortbildungsveranstaltungen eingesetzt wird. Sie informiert kurz und knapp darüber, wie man sich in sozialen Netzwerken richtigerweise zu verhalten hat.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat außerdem ein Dutzend Datenschutzexperten ausgebildet, die den Schulen auf der Grundlage eines schlüssigen inhaltlichen und didaktischen Konzepts zur Verfügung stehen. Aktuell liegen Workshop-Anfragen für über 250 Schulklassen vor.

Gemeinsam mit der Landesregierung informiert der Landesdatenschutzbeauftragte die Schulen außerdem regelmäßig am Europäischen Datenschutztag (27. Januar) in großen Veranstaltungen über aktuelle Datenschutzfragen und Möglichkeiten des Identitätsmana-

gements. Rund 1.000 Personen aus dem Schulbereich wurden auf diese Weise in den vergangenen drei Veranstaltungen zum Europäischen Datenschutztag erreicht.

Auch Schüler-Wettbewerbe stellen eine Möglichkeit dar, das Datenschutzbewusstsein junger Menschen zu fördern. In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesdatenschutzbeauftragten hat der Landtag 2009 im Rahmen des Schüler- und Jugendwettbewerbs das Thema „Vorsicht und Rücksicht im digitalen Glashaus“ zur Wahl gestellt. Die eingereichten Arbeiten waren zu einem großen Teil preiswürdig.

Auf großes Interesse – nicht nur der rund 200 teilnehmenden Lehrkräfte – stieß das Expertenhearing „Cyberbullying – Menschen am Pranger des 21. Jahrhunderts“ am 28. November 2008 im Landesmuseum in Mainz. Namhafte Expertinnen und Experten referierten aus verschiedenen Blickwinkeln zu diesem Thema. Im Rahmen einer Fachpublikation stehen die Ergebnisse allen Schulen in Rheinland-Pfalz zur Verfügung.

Datenskandale in Firmen und ein unzureichender Schutz persönlicher Daten in sozialen Netzwerken zeigen deutlich die Notwendigkeit, das Bewusstsein junger Menschen frühzeitig für diese Fragen zu sensibilisieren. In Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz sollten daher die Konzepte zur Förderung des Bewusstseins für einen verantwortungsbewussten Umgang mit persönlichen Daten ausgebaut und umgesetzt werden.

Förderung des Rechtsbewusstseins im schulischen Bereich

Die dynamische Entwicklung des Internets, die zunehmende Digitalisierung von Inhalten - auch von Musik und Filmen - und die schnelle und häufig unrechtmäßige Verbreitung von Inhalten stellen nicht nur eine Herausforderung für die Anbieter von Inhalten dar. Alle in der Schule Tätigen, insbesondere die Schulleitungen, die IT-Anwendungsbetreuerinnen und -betreuer, die Datenschutzbeauftragten der Schulen, aber auch die Schulaufsicht werden alltäglich mit rechtlichen Fragen in Zusammenhang von Computer- und Internetnutzung in den Schulen konfrontiert.

In Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz wurde daher das Handbuch für Schulen „Schule.Medien.Recht“ entwickelt, das den Beteiligten praxisnahe Hilfestellung in allen Rechtsfragen in Bezug auf den schulischen Einsatz digitaler Medien vermittelt. Es behandelt Themen wie den Betrieb einer Schulhomepage, die dienstliche Nutzung privater PCs, die Veröffentlichung von Lehrer-, Schüler- und Elterndaten, den Gebrauch von Filmen, Bildern, Musik und Websites im Unterricht, die Nutzung von Schulintranet und Lernmanagementsystemen, den Umgang mit Plagiaten, schulische Internetcafés und LAN-Partys, die Erstellung von Online-Schülerzeitungen, die Bewertung

von Lehrkräften im Internet, die Benutzung von Handys in der Schule oder den Umgang mit Abmahnungen.

Das vorhandene Material stellt eine gute Orientierungshilfe für Schulen in der digitalen Welt dar. Es wird darauf ankommen, diese - von Fortbildungsmaßnahmen begleitet - in die Fläche zu tragen.

Außerschulische Medienkompetenzförderung in Rheinland-Pfalz

Da Medien zu einem festen Bestandteil der Jugendkultur geworden sind und die Mediennutzung neben all ihren Chancen auch Risiken und Gefahren mit sich bringt, genügt es nicht, Jugendliche im Umgang mit Medien durch gesetzliche Bestimmungen zu schützen. Vielmehr stellt neben dem repressiven Jugendmedienschutz die Förderung von Medienkompetenz eine Schlüsselqualifikation dar, deren Erwerb ein wichtiger Baustein für einen effektiven Schutz von Kindern- und Jugendlichen im Umgang mit Medien ist.

Das Konzept für den Erwerb von Medienkompetenz findet seine Verankerung ursprünglich nicht im schulischen Sektor, sondern in der Jugendhilfe nach § 14 SGB VIII. Nach dieser Vorschrift sollen junge Menschen dazu befähigt werden, sich vor gefährlichen Einflüssen zu schützen, sie sollen zu Kritikfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zu Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen geführt werden. Der eigene Zugang in der Jugendhilfe ist für den Erwerb von Medienkompetenz von großer Bedeutung, weil Kinder und Jugendliche zum einen ein Lernverhalten im Bereich der Jugendhilfe mitbringen, das sich von dem im Schulbereich erheblich unterscheidet. Zum anderen ermöglicht es die Jugendhilfe, Themenbereiche wie beispielsweise Computerspiele und Filme zu beleuchten, die im schulischen Bereich nur bedingt Einzug finden.

Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) hat am 04./05. Juni 2009 in Bremen die Medienkompetenzförderung in ihren Beschlüssen aufgegriffen und sich für Maßnahmen zur Stärkung von Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und Pädagogen ausgesprochen. Darüber hinaus nahm sie diese Thematik am 17./18. Juni 2010 in Schwerin erneut auf. In dem Beschluss sieht die JFMK nach wie vor den exzessiven Medienkonsum eines Teils der Kinder und Jugendlichen mit Sorge. Unbeschadet der Frage, ob hierbei von Abhängigkeiten oder Sucht gesprochen werden kann, spricht sich die JFMK auch hier für eine verstärkte Medienkompetenzförderung aus. Die Landesregierung hat die Aufgabe der außerschulischen Medienkompetenzförderung bereits frühzeitig aufgenommen und eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten entwickelt und unterstützt. Darüber hinaus erhalten zahlreiche Institutionen Förderungen von der Landesregierung für Maßnahmen im Bereich der Medienarbeit.

Förderung der Jugendverbände und des Landesjugendrings

Die Jugendverbände werden durch die Landesregierung gefördert, indem der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V. jährliche Zuwendungen in Höhe von rund 38.000 Euro speziell zur Durchführung von Maßnahmen im außerschulischen Medienbereich erhält. Die Zuschüsse werden an die Jugendverbände verteilt und dienen der Förderung von Medienarbeit, der Durchführung von Medienprojekten sowie dem Erwerb von Medienausstattungen. Darüber hinaus erhält der Landesjugendring institutionelle Förderungen in Höhe von 157.700 Euro jährlich. Hiervon werden Personalausgaben bestritten. Die Förderungen sind aber auch für sachliche Verwaltungsaufgaben bestimmt. Zur Durchführung von kommunalen Maßnahmen stehen weitere Fördergelder über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zur Verfügung.

Förderungen des Landesfilmdienstes RLP e.V.

Im Bereich der außerschulischen Jugendmedienarbeit besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und dem Landesfilmdienst RLP e.V.. Das Angebot des Landesfilmdienstes umfasst neben dem Verleih von Medien für die Bildungsarbeit auch ein umfassendes medienpädagogisches Angebot sowie Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte im Medienbereich.

Neben der institutionellen Förderung des Landesfilmdienstes in Höhe von 388.400 Euro jährlich, fördert die Landesregierung auch eine Vielzahl an einzelnen Projekten im Bereich der Medienpädagogik. Hierzu zählt das online-Projekt lokal-global.de³⁵, für das der Landesfilmdienst eine jährliche Zuwendung von 87.000 Euro erhält. Im Rahmen des Projekts werden drei mobile Internetcafés an Einrichtungen der Jugendhilfe verliehen, die gruppenorientierte, kommunale Projekte auf hohem technischem Niveau ermöglichen.

Bei dem Projekt „DiG.iT- Digitale Medienproduktion in der Jugendarbeit“ können Jugendliche ihre eigenen Film- und Videoproduktionen herstellen. „DiG.iT“ kann von allen Einrichtungen der Jugend- und Bildungsarbeit in Rheinland-Pfalz projektorientiert ausgeliehen werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Teilnahme eines oder mehrerer Projektmitarbeiter an einer kostenlosen Schulung des Landesfilmdienstes. Sofern das Interesse besteht, kann auch die personelle Unterstützung vor Ort angefordert werden. Für das Projekt „DiG.iT“ und die nachfolgenden Projekte erhält der Landesfilmdienst zusätzliche Zuschüsse in Höhe von 61.400 Euro.

Darüber hinaus betreibt der Landesfilmdienst den rheinland-pfälzischen Jugendserver „jugend.rlp“ zum Thema Jugend und Jugendhilfe in RP, der sich an Fachkräfte, Jugendliche

³⁵ <http://www.lokal-global.de>

und eine interessierte Öffentlichkeitsarbeit richtet. Das Angebot informiert unter anderem über gesetzliche Grundlagen, Strukturen der Jugendhilfe, Finanzierungsquellen oder Projekte der Jugendarbeit. Über professionell vorgestaltete „Freesites“ können Einrichtungen und Organisationen der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz kostenlos eine eigene Homepage einrichten.

Der Landesfilmdienst ist zudem Organisator der „video/film tage“³⁶, die zum einen den bundesweit anerkannten Wettbewerb beinhalten, bei dem jährliche Preise von über 8.000 Euro in unterschiedlichen Kategorien vergeben werden. Zum anderen beinhalten sie seit 27 Jahren ein intensives Filmcamp mit professionell angelegten Medienworkshops. Die „video/film tage“ sind mit ihrer Wettbewerbskonzeption aufgrund der drei Wettbewerbskategorien einzigartig und geben jungen Menschen die Möglichkeit, sich mit Filmen kreativ auseinanderzusetzen und ihre medienpädagogischen Arbeiten zu präsentieren.

Darüber hinaus tourt seit 2007 das medienpädagogische Team des Landesfilmdienstes RLP e.V. im Rahmen der Kinder- und Jugendfilmwochen durch Rheinland-Pfalz und zeigt ausgewählte Kinder- und Jugendfilme an außergewöhnlichen Orten und in kinolosen Gemeinden. Als besonderes Angebot bietet der Landesfilmdienst im Rahmen der Filmwochen eine eintägige Fortbildung für interessierte ehren- und hauptamtliche Multiplikatoren an, die in der pädagogischen Filmarbeit tätig sind oder tätig werden möchten.

„Woche der Kinderrechte“

Im Jahr 2008 förderte die Landesregierung flächendeckend zahlreiche Jugendämter, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie Initiativen im Rahmen der zweiten landesweiten „Woche der Kinderrechte“³⁷. In den Mittelpunkt der Aktionswoche wurde das Recht von Kindern auf Information aus Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention gestellt. Gefördert wurden rund 80 Maßnahmen in 18 Städten und Landkreisen, die auch medienpädagogische Ansätze umfassten. Das Spektrum der Aktivitäten war sehr groß und reichte von Besuchen in Lokalredaktionen und Bibliotheken, Ton-, Radio- und Fernsehstudios bis hin zu Workshops, u.a. mit dem Thema „Schein und Wirklichkeit in Nachrichten“.

Informations-, kommunikations- und medientechnische Ausstattungen in der außerschulischen Bildungsarbeit

Grundvoraussetzung für eine qualitativ hochwertige Arbeit im Medienbereich ist, dass informations-, kommunikations- und medientechnische Ausstattungen vorhanden sind. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurden für die öffentlichen, kirchlichen und freien Träger

³⁶ <http://www.videofilmstage.de>

³⁷ <http://www.kinderrechte.rlp.de>

der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere zur Stärkung der Medienkompetenz, ein Budget für zusätzliche, auf Bildungsmaßnahmen bezogene Ausstattungen geschaffen. Es standen für den Bereich außerschulische Bildungsarbeit 1,6 Millionen Euro (einschließlich der kommunalen Eigenanteile) zur Verfügung, über die zusätzliche informations-, kommunikations- und medientechnische Ausstattungen gefördert wurden.

Maßnahmen des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung- Landesjugendamt

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung bietet regelmäßige Fachtagungen zu aktuellen Jugendschutzthemen an. Hierzu gehören auch medienpädagogische Themen. Das Thema der Landesjugendpflegertagung 2009 war beispielsweise „die Herausforderung an die Jugendarbeit durch Nutzung und Wandel des Umgangs der Jugendlichen mit Internet und Handy“. Nach einer Vortragsreihe konnten die Teilnehmenden an kreativen Medienstationen praktische Erfahrungen und Ideen für die Jugendarbeit sammeln.

Landesmedienanstalten

Neben medienpädagogischen Angeboten von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe ist die Landesanstalt für Medien und Kommunikation Rheinland- Pfalz (LMK) ein wichtiger Akteur im Bereich der Medienarbeit. Die Länder haben den Landesmedienanstalten im Rundfunkstaatsvertrag die Aufgabe zugewiesen, Konzeptionen, Projekte und Initiativen zur Vermittlung der Medienkompetenz zu erarbeiten. Der Landesgesetzgeber hat in Rheinland- Pfalz der LMK nach § 46 Abs. 2 Landesmediengesetz diese Aufgabe übertragen. Sie nimmt diese Aufgabe durch ihre eigene Abteilung Medienkompetenz wahr.

Die LMK arbeitet eng mit der Landesregierung zusammen und ist langfristige Kooperationen mit einer Vielzahl von starken Partnern eingegangen. Ein Ergebnis dieser langjährigen Kooperationsarbeit stellt die Gründung der Medienkompetenznetzwerke (MKN) in Rheinland- Pfalz dar. Ziel der Netzwerke ist, die Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene zur Förderung von Medienkompetenz zu verbessern. Hierzu dienen besonders der Aufbau und die Bereitstellung von strukturierten Angeboten an „Best-Practice-Modellen“ und die Bündelung von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz.

Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) - „Projekt 16“

Das „Projekt 16“ gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, in die Rolle eines FSK- Prüfers zu schlüpfen. Mit dem Projekt verwirklicht das Land Rheinland- Pfalz und die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, die für die Kennzeichnung von Filmen und Filmprogrammen nach dem Jugendschutzgesetz zuständig ist, zum dritten Mal ein medienpädagogisches Gemeinschaftsprojekt. Nachdem 2003 Kinder und Jugendliche

zwischen zwölf und 16 Jahren und 2004 Kinder zwischen vier und 14 Jahren die Zielgruppe waren, beurteilten 2008 16 bis 18-jährige Jugendliche Gewaltdarstellungen in Kinofilmen.

Jugendliche wurden als „Expertinnen und Experten“ angesprochen, Genrefilme, ihre Gewaltthemen und -visualisierungen und die daraus resultierenden Wirkungen zu beurteilen. Die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit Filmanalyse, Wirkungsbeurteilung und Altersfreigabediskussionen fördert die Medienkompetenz und leistet einen Beitrag zum präventiven Jugendschutz. Die Ergebnisse des Projekts sind in der Broschüre „Medienkompetenz und Jugendschutz III; Projekt 16; wie beurteilen Jugendliche Gewalt in Filmen?“ nachlesbar.

Broschüren zu Jugendschutzthemen

Zusammen mit der länderübergreifenden Stelle für Jugendschutz im Internet, „jugendschutz.net“, hat die Landesregierung zahlreiche Faltblätter und Broschüren zu jugendschutzrelevanten Themen als Beitrag zum präventiven Jugendschutz herausgegeben, wie beispielsweise das Faltblatt „Chatten ohne Risiko? Was Eltern und Pädagogen wissen sollten“ oder „Chatten ohne Risiko“.³⁸

Medienkompetenzförderung von Frauen

Trotz des langsamen Wandels der Rollenbilder sind es derzeit noch überwiegend Frauen, die Berufstätigkeit und Familienpflichten vereinbaren. Sie haben daher auch das Recht auf größtmögliche Unterstützung, wenn sie nach Jahren der Berufsunterbrechung, in denen sie sich der gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgabe der Kindererziehung oder der Pflege gewidmet haben, wieder erwerbstätig sein wollen.

Daher unterstützt die Landesregierung mit dem Arbeitsmarktpolitischen Programm zur Ein- bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben (AMPP) erwerbsfähige Frauen, die nach Jahren einer mindestens 3-jährigen Berufsunterbrechung wieder in den Beruf zurückkehren wollen. Die Teilnehmerinnen haben in 6-monatigen Orientierungsseminaren die Gelegenheit ihre beruflichen Perspektiven individuell herauszuarbeiten und in der beruflichen Realität zu erproben. Dies ist in der heutigen Arbeitswelt ohne IT nicht mehr möglich. Die geschulten EDV-Kenntnisse werden heutzutage in fast allen Berufsbereichen vorausgesetzt. Daher wurden bereits frühzeitig die EDV-Module in den Seminaren ausgeweitet. Wichtig dabei ist, dass durch eine anschließende Zertifizierung durch die ECDL-Prüfung den Teilnehmerinnen ein anerkannter Nachweis ihrer Kenntnisse ausgehändigt wird, um damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

³⁸ <http://www.jugendschutz.net>

Frauen im MINT-Bereich

Durch den strukturellen und demografischen Wandel fehlen der deutschen Wirtschaft trotz Wirtschaftskrise mehr als 60.000 Fachkräfte im so genannten MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Frauen haben in diesen Berufsfeldern also sehr gute Verdienst- und Aufstiegschancen, wenn sie sich für eine Ausbildung oder ein Studium in diesen Bereich entscheiden würden. Dennoch sind junge Frauen überwiegend in kaufmännischen Berufen, medizinischen Assistenzberufen und im Dienstleistungssektor vertreten. 2008 lag der Frauenanteil z.B. bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in IT-Ausbildungsberufen bei nur etwa zwölf Prozent.

Damit sich mehr Frauen für eine Ausbildung bzw. ein Studium in Technik oder Naturwissenschaft entscheiden, müssen ihre Interessen schon frühzeitig geweckt werden. Die Erweiterung des Berufswahlspektrums für Mädchen ist daher seit vielen Jahren ein wichtiges politisches Handlungsfeld der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Das Ada-Lovelace-Projekt der Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Mädchen und Frauen für naturwissenschaftlich-technische Studiengänge und Berufe zu motivieren und sie zu unterstützen, sich in diesen Arbeitsfeldern erfolgreich zu engagieren. Studentinnen technisch-naturwissenschaftlicher Studiengänge und junge Frauen in technischen Ausbildungsberufen informieren, beraten und betreuen Schülerinnen im Alter zwischen 10 und 20 Jahren. Sie gehen in die Schulen, organisieren Projekttag an Hochschulen und präsentieren sich kleinen Gruppen von interessierten Schülerinnen als Modelle. Die Mentorinnen informieren über Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten und berichten den Schülerinnen von ihren eigenen Überlegungen zur Berufswahl und den Reaktionen ihres sozialen Umfeldes. In Workshops und Arbeitsgemeinschaften arbeiten die Mentorinnen mit den Schülerinnen an konkreten technischen und naturwissenschaftlichen Aufgabenstellungen und fördern so das Selbstvertrauen der Mädchen im Umgang mit Technik. Konkret werden in den praktischen Workshops beispielsweise Schaltungen zusammen gelötet oder Lego-Roboter gebaut und programmiert.

Migrantinnen und Migranten

Seit 2001 beobachtet die Initiative D21 in ihrem (N)ONLINER Atlas die Entwicklung der Nutzung und Nichtnutzung des Internets in Deutschland. Im Jahr 2008 ist eine Sonderauswertung zur Internetnutzung von Migrantinnen und Migranten erschienen.³⁹ Befragte, deren Eltern Migrationserfahrung aufweisen, haben einen Online-Anteil von 75,3 Prozent. Menschen mit eigener Migrationserfahrung nutzen das Internet zu 66,8 Prozent. Im

³⁹Initiative D21: Sonderauswertung zum (N)ONLINER Atlas „Internetnutzung und Migrationshintergrund in Deutschland“, 2008.

Vergleich dazu sind laut dem aktuellen (N)ONLINER Atlas 72 Prozent der Bevölkerung in Deutschland online.⁴⁰ Unabhängig von Migrationshintergrund nutzen Männer das Internet häufiger als Frauen. Dabei lässt sich jedoch beobachten, dass der Unterschied zwischen Männern und Frauen in der Gruppe mit Migrationserfahrung der Eltern mit 11,6 Prozentpunkten am geringsten ist. Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund beträgt der Unterschied 13,8 Prozentpunkte und bei Menschen mit eigener Migrationserfahrung 15,1 Prozentpunkte. Bei der Analyse des Alters zeigt sich, dass Frauen und Männer ab Fünfzig mit eigener Migrationserfahrung das Internet nur in sehr geringem Maße (33,0 Prozent) nutzen. Jüngere Frauen im Alter von 14 bis 29, deren Eltern Migrationserfahrung haben, nutzen das Internet überdurchschnittlich häufig mit 52,2 Prozent. Die Männer dieser Gruppe stellen nur 47,8 Prozent der Internetnutzenden. Generell zeigt sich, dass Befragte, deren Eltern über Migrationserfahrung verfügen, und Menschen ohne Migrationshintergrund sich in ihrer Internetnutzung sehr ähnlich sind. Größere Unterschiede ergeben sich zwischen den Befragten mit Migrationshintergrund der ersten und zweiten Generation.⁴¹

Insbesondere für Jugendliche ist das Internet ein wichtiges Informations- und Kommunikationsmedium. Vorliegende Untersuchung zeigen, dass der Mediengebrauch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nachhaltiger vom Bildungshintergrund als von der jeweiligen Herkunftskultur beeinflusst wird. In ihren Familien haben Jugendliche einen Expertenstatus, wenn es um Informations- und Kommunikationstechniken geht und fungieren für ihre Eltern als „Türöffner“ zu den neuen Medien. Generell haben Medien für jugendliche Migrantinnen und Migranten eine besondere Funktion als „Brückenfunktion“. Über die Medien werden verschiedene Kulturkreise in den eigenen Alltag eingebunden, indem emotionale und reale Kontakte zur Herkunftskultur aufrechterhalten oder aufgebaut werden können; das ist ein wichtiger Baustein zur eigenen Identitätsbildung.⁴²

Seniorinnen und Senioren

In Deutschland und Rheinland-Pfalz sind innerhalb der Bevölkerung eine zunehmend längere Lebenserwartung bei gleichzeitiger größerer Lebensqualität und Gesundheit zu beobachten. Die Menschen in Rheinland-Pfalz werden immer älter und die meisten von ihnen erfreuen sich guter Gesundheit. Ältere Menschen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. In Rheinland Pfalz leben rund eine Million Menschen über 60 Jahre, das sind mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Für diese große, qualitativ anspruchsvolle und

⁴⁰ Initiative D21: (N)ONLINER Atlas 2010.

⁴¹ Initiative D21: Sonderauswertung zum (N)ONLINER Atlas „Internetnutzung und Migrationshintergrund in Deutschland“, 2008.

⁴² Prof. Helga Theunert, Vorlage EK 15/2-165.

zunehmend heterogenere ältere Bevölkerungsgruppe werden diversifizierte Strategien, Konzepte und zielgerichtete Angebote benötigt.

Der digitale Wandel bietet viele Möglichkeiten Projekte und Ideen umzusetzen, die diese Bevölkerungsgruppe unterstützen bzw. auf sie eingehen. Diese Chancen gilt es zu nutzen, auch weil sich wirtschaftlich und strategisch Optionen ableiten lassen. Speziell auf die Zielgruppe abgestimmte Verfahren und Produkte können lukrativ werden. Hinzu kommt, dass sich ein immer größerer Teil der Bürgerinnen und Bürger den Neuen Medien aktiv zuwendet. Dies gilt auch für Altersgruppe 50plus. Knapp 45 Prozent dieser Altersschicht sind heute online; alleine im letzten Jahr stieg die Zahl der älteren Nutzerinnen und Nutzer um 4,3 Prozent. Wirft man einen Blick in den (N)Onliner Atlas 2009⁴³, wird deutlich, dass die Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren mit 6,9 Prozent den größten Zuwachs an Onlinerinnen und Onlinern erfahren hat.

Im Unterschied zu den jüngeren Nutzerinnen und Nutzern sind die älteren Generationen nicht mit den Neuen Medien groß geworden. Den Umgang mit den digitalen Medien erwarben sie nicht im Laufe ihrer primären Sozialisation, er musste ab einem bestimmten Alter neu erlernt werden. Informationstechnologie fand deshalb auch nur langsam Einzug in die Haushalte der älteren Generation.

In einer Gesellschaft, in der die digitale Partizipation – auch über den zunehmenden Einsatz von eGovernment-Verfahren durch die Verwaltung und Wirtschaft (z.B. Reisebuchungen via Internet) – einen immer bedeutenderen Stellenwert einnimmt, darf jedoch keine Bevölkerungsgruppe vernachlässigt bzw. abgespalten werden. Es ist deshalb essentiell, dass Angebote für ältere Onlinerinnen und Onliner geschaffen werden.

Analog zu den Medienkompetenz-Programmen für Kinder und Jugendliche unterstützt daher die Multimediainitiative der Landesregierung *rlpinform* in der Zentralstelle für IT und Multimedia im Ministerium des Innern und für Sport auch Maßnahmen für Seniorinnen und Senioren - in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen - in Rheinland-Pfalz. Ziel der Projekte ist, die Möglichkeiten von IT und Medien für die immer größer werdende Gruppe exemplarisch auszuloten, sie pilothaft aufzuzeigen und umzusetzen. Medien und IT sind hierbei wichtige Faktoren; auch bei den über 60-Jährigen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher müssen der Zugang und der Umgang bzw. die Kompetenz mit Informations- und Kommunikationstechnologien verbessert und die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement älterer Menschen gestärkt werden.

⁴³ Initiative D21: (N)ONLINER Atlas 2009.

Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“⁴⁴, den die Landesregierung im August 2010 veröffentlicht hat, bündelt die vielen innovativen Ansätze und Maßnahmen der Landesregierung für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik und ein solidarisches Miteinander der Generationen. Unterstützende Technologien und die neuen Medien, nicht zuletzt ein guter Zugang zum Internet, sind wichtige Felder gegenwärtiger und zukünftiger Gestaltung. Der altersgerechte Zugang zu neuen Medien, der Ausbau der multimedialen Infrastruktur, lebenslanges Lernen mit Bildungsangeboten zu neuen Medien zu fördern, sind Beispiele, die dazu beitragen, dass ältere Menschen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stärker für sich nutzen können.

Das Familienministerium unterstützt die Einrichtung von Internet-Treffs für ältere Menschen mit einer Projektförderung. In vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz wurden Internet-Treffs eingerichtet, die von ehrenamtlichen Tutorinnen und Tutoren betreut werden. Zahlreiche Seniorenbeiräte, Fachstellen für Seniorenarbeit in den Kommunen oder SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer bieten Kurse und Schulungen zum Umgang mit Handys, PC, Internet, Fahrkartenautomaten oder anderen neuen Medien an. Diese spezifischen Angebote von und für ältere Menschen sind sehr beliebt.

Weitere aktuell laufende Projekte sind:

- **Virtuelle Wohngemeinschaft Kütz** - Initiierung eines webbasierten, interaktiven Portals für ältere Menschen: Die Region Soonwald-Nahe ist das mit Abstand größte Gebiet der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ (ILE) in Rheinland-Pfalz. Aus diesem Kontext ist das Leitprojekt „Aktionskreis Lebendige Dörfer“ hervorgegangen, welches angesichts des demografischen Wandels eine zukunftsorientierte Entwicklung der Dörfer und Gemeinden initiieren und unterstützen will. Der Ansatz der virtuellen Wohngemeinschaft ist: Alt werden in den eigenen vier Wänden und damit ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen und dabei doch die Vorteile einer Wohngemeinschaft in Anspruch zu nehmen. Eine virtuelle Wohngemeinschaft ist eine Gruppe nicht zu sehr weit auseinander wohnender Menschen in einem Dorf, die sich zusammenschließt, ein gegenseitiges Unterstützungsnetzwerk bildet und über ein Kommunikationsmedium miteinander vernetzt ist. Das virtuelle steht nicht singulär im Raum, sondern wird durch regelmäßige Treffen in einem realen Gemeinschaftsraum ergänzt.
- **Maus Mobil**: Das Projekt „MausMobil“ bietet älteren Menschen Unterstützung beim Zugang zur Nutzung eines PCs und speziell zum Internet - insbesondere, wenn sie sich auf Grund von gesundheitlichen Beeinträchtigungen wenig oder gar nicht aus der

⁴⁴ Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2010: Gut leben im Alter - Aktionsplan der Landesregierung zur Politik für Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz.

Wohnung bewegen können. Erste Einsätze Ehrenamtlicher Trainer der „Initiative“ fanden in Koblenz statt. Das Konzept sieht vor, dass die mit mobilen Computern ausgestatteten Ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer in Koblenz und ggf. auch in umliegenden Ortschaften einfache PC-Einführungen zu Hause, Internet-Demonstrationen (Offline und Online), Internet-Einstiegsschulungen, Unterstützung bei Onlinerecherchen und Kaufrecherchen sowie Schreibdienste anbieten.

- **Der Erinnerungsbegleiter:** Der Einsatz neuer Medien bei Menschen mit demenzieller Veränderung im Anfangsstadium soll nicht den persönlichen Kontakt ersetzen, er soll ihn unterstützend ergänzen! Der Einsatz neuer Medien ist Hilfsmittel mit den Zielen, die Betreuung dementer Menschen und die Kommunikation zu verbessern und über den Einsatz ein besseres Verständnis der Krankheit, der Menschen (Wertvorstellungen, Überzeugungen, Traditionen, Herkunft) und über Abwehrstrategien zu gewinnen. Es werden beispielhafte Anwendungsszenarien für das häusliche Umfeld entwickelt. Dabei kann der Einsatz von webbasierten Angeboten die psychosoziale Komponente der Betreuungsarbeit unterstützen. Ebenso ist ein Einsatz im (teil-)stationären Kontext denkbar: Der demenziell veränderte Mensch wird professionell in einer (teil-)stationären Einrichtung betreut. Der Einsatz des webbasierten Angebots unterstützt die Pflegenden beim Kennenlernen des betroffenen Menschen, seiner Biografie und seinen Wertvorstellungen.
- **Lernend altern (LEA):** Die Erwachsenenbildungsträger verfügen bereits über ein reichhaltiges Angebot für ältere Menschen, gleichwohl nimmt die Weiterbildungsteilnahme ab Mitte 60 spürbar ab. Da eine Teilnahme an Erwachsenenbildungsmaßnahmen in der Regel das Aufsuchen von Bildungsräumen voraussetzt, fällt dies mit steigendem Alter zunehmend schwer. Aus diesem Grund eröffnet die Stärkung aufsuchender Strukturen sowie vernetzender Ansätze gerade für die Zielgruppe der älteren Menschen neue Bildungspotenziale. Im Projekt sollen deshalb vernetzende und entgrenzte Erwachsenenbildungsstrategien zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung älterer Menschen in einer Modellregion (Kaiserslautern) entwickelt und erprobt werden. Dabei sollen Erfahrungen der aufsuchenden Bildungsarbeit ebenso genutzt werden, wie die Bereitstellung neuer Bildungstechnologien, mit deren Hilfe die Erwachsenenbildung in die Lebenswelt der älteren und alten Menschen eingebunden werden kann.
- Das MedienKompetenzNetzwerk Mainz-Rheinhessen hat aufgrund der steigenden Zahlen älterer Onlinerinnen und Onliner eine modularisierte Seminarreihe entworfen, die sich speziell an diese Zielgruppe richtet. Das Projekt „**Silver Surfer – auch im Alter sicher im Umgang mit PC und Internet**“ soll in Kooperation mit *rlp*inform, anderen

MedienKompetenzNetzwerken, Volkshochschulen, Hochschulen und anderen Einrichtungen in ganz Rheinland-Pfalz durchgeführt und evaluiert werden. Ziel des Projekts ist, die Medienkompetenz von älteren Onlinerinnen und Onlinern im Bereich Computer und Internet zu erweitern. Die hierfür nötigen Lernräume sollen möglichst nahe an der (medialen) Lebenswelt von Seniorinnen und Senioren angelehnt werden und sich vor allem an deren Interessen und Bedürfnisse richten. Professionelle und speziell hierfür geschulte Medienpädagoginnen und Medienpädagogen begleiten die Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmer während des kompletten Veranstaltungsverlaufs.

Hieraus leiten sich folgende Handlungsbereiche ab:

- **Dem demografischen Wandel unserer Gesellschaft wie dem digitalen Wandel muss offen begegnet werden:** Politik und Verwaltung sollten deshalb u.a. ein differenziertes Altersbild mit entsprechenden Maßnahmen entwickeln, um die Chancen des Alter(n)s und einer eigenverantwortlichen Lebensführung zu unterstützen. Es muss zu einer Neuausrichtung der Seniorenpolitik und zu einem Paradigmenwechsel von der traditionellen Altenhilfepolitik zu seniorenpolitischen Gesamtkonzepten kommen (Stichwort "Senior Mainstreaming"). Medien und IT sind hierbei wichtige Faktoren.
- **IT ist die Basistechnologie für alle Bereiche. Innovation ist ohne IT nicht mehr denkbar, Kommunikation ohne neue Medien ebenso wenig:** Senioren erhalten so neue Anregungen und es trägt zum Kompetenzerhalt bei - es geht nicht allein darum altersbeschränkte Einschränkungen aufzufangen, sondern es sollen Potenziale gehoben werden. Aus diesem Grund sollen die erfolgreichen Pilotprojekte zur Thematik (siehe Darstellung oben) weitergeführt und möglichst in andere Regionen ausgeweitet werden.
- **Neue technische Entwicklungen unterstützen ein selbstbestimmtes Leben zu Hause:** Innovative technologische Entwicklungen erhöhen die Sicherheit in der eigenen Wohnung. Beispielhaft sei hier das System PAUL genannt, das von der Technischen Universität Kaiserslautern und dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) entwickelt wurde. Erkenntnisse der Grundlagenforschung müssen – über die praktische Erprobung hinaus – Eingang in den Alltag finden. Die technischen Möglichkeiten von Ambient Systems müssen durch weitere Forschungsvorhaben - für die Erleichterung des Alltags, zur Unterstützung von Wahrnehmung oder Mobilität, zur Notfallerkennung oder als elektronische Assistenten - ergänzt werden, um ein selbstbestimmtes Leben auch bei Unterstützungsbedarf zu ermöglichen.

- **Seniorinnen und Senioren muss eine Teilhabe an den Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht werden:** Der Zugang zu diesen Technologien sollte deshalb weiter verbessert und die Medienkompetenz älterer Menschen gestärkt werden. Dieses wirkt einer digitalen Spaltung entgegen. Wünschenswert wäre die Entwicklung von Curriculae für ältere Menschen, die sie fit im Umgang mit Handy, Computer und Internet machen. Das Angebot sollte flächendeckend in ganz Rheinland-Pfalz z.B. im Sinne eines blended-learning-Ansatzes (d.h. reale Schulungen und Internet-Schulungen) zur Verfügung stehen. Kooperationen mit Weiterbildungsträgern wie der Volkshochschule und dem Medienkompetenznetzwerk Mainz-Rheinhausen bieten sich an.
- **Das „Netz der Netze“ gilt als DER Wissenspool der Zukunft:** Gerade das Erfahrungswissen der älteren Generation ist sehr wertvoll, deshalb muss dieses Wissen auch im Internet zu finden sein. In Bezug auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollte zudem ein Fokus auf Weiterbildung und Qualifizierung im Bereich Computer und Internet gelegt werden, damit das Wissen älterer Generationen in einem Betrieb nicht ungenutzt bleibt. Denkbar in diesem Zusammenhang wären Projekte, die gemeinsam mit Betrieben speziell für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt und als Kooperationsprojekt, beispielsweise mit den MedienKompetenzNetzwerken in Rheinland-Pfalz, angeboten werden.
- **Der Einsatz neuer Medien fördert neue Formen des Generationendialogs:** Viele Jugendliche nutzen neue Medien und Technologien intensiv. Mehr als 97 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind regelmäßig im Internet. Sie nutzen alltäglich ihre Handys, sozialen Netzwerke und Laptops. Über diese Affinität der Jungen kann eine Brücke zur älteren Generation geschlagen werden und so thematisch Kommunikationsstrukturen und Kommunikationsfelder eröffnet werden. Auch hinsichtlich des Erfahrungsaustausches oder der Vermittlung von Medienkompetenzen von Jüngeren an Ältere und umgekehrt dürften große Potenziale bestehen, die es zu entdecken gilt.
- **Wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema Medienkompetenz unterstützen:** Ältere Menschen werden sich zunehmend im Internet bewegen und dort auf neue Anpassungsaufgaben stoßen. Mit dieser Veränderung ergeben sich auch neue Herausforderungen für die Medienpädagogik. Sie wird in Zukunft ihre Angebote im Bereich Computer und Internet deutlich stärker auf Seniorinnen und Senioren ausrichten müssen. Es wäre anzuregen, dass sich die Wissenschaft möglichst interdisziplinär mit den Phänomenen auseinandersetzt, auch um Vorschläge und Ideen für

Handlungsoptionen zu erhalten. Die Einrichtung eines Lehrstuhl, eines Kolloquiums oder ähnlichem in Rheinland-Pfalz ist daher anzustreben.

Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen

Die Weiterentwicklung der Medien bietet große Chancen für Menschen mit Behinderungen. Eine Vielzahl von Barrieren können hier überwunden werden. Die Arbeitswelt verändert sich unter dem Einsatz neuer Medien und bietet die Möglichkeit, dass Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe individuell auf die Bedarfe beeinträchtigter Menschen angepasst werden können. Digitale Informationen bieten grundsätzlich die Möglichkeit, sehr variabel visuell, akustisch oder taktil vermittelt werden zu können. Damit kann beispielsweise ein Zeitungsartikel für blinde Menschen am Computer vorgelesen oder mit Hilfe einer Blindenschriftzeile taktil angeboten werden. Schnelle digitale Bildübertragung gibt neue Möglichkeiten für die Kommunikation oder Übersetzung in und mit Gebärdensprache. Formulare der Verwaltung im Internet bieten für behinderte Menschen bessere Möglichkeiten, flexibel und eigenständig eigene Angelegenheiten zu bewältigen.

Diese Vielzahl von Chancen gilt es zu nutzen und nicht durch neue Barrieren zu gefährden. Die Weiterentwicklung der Medien muss so gestaltet sein, dass sie von allen genutzt werden können und niemand ausgeschlossen wird. So darf eine Webseite nicht so gestaltet sein, dass sie durch Grafiken ohne Beschreibungen und ohne klare Struktur für blinde und sehbehinderte Menschen und für Menschen mit Lernschwierigkeiten eine unüberwindbare Barriere darstellen.

Das Ziel der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in alle Lebensbereiche, also die Inklusion von Anfang an. Daher fordert die Konvention die Umsetzung des „Universal Design“. Ein Design, das von vorneherein so gestaltet ist, dass es von allen Menschen möglichst weitgehend ohne eine Anpassung oder ein spezielles Design genutzt werden kann. Die Behindertengleichstellungsgesetze des Landes und des Bundes greifen diesen Ansatz für den Bereich der Verwaltung auf.

Barrierefreiheit in den Medien zu gewährleisten bedeutet:

- Die Verwaltung ist von vorneherein in der Nutzung der Medien so einzustellen, dass ihre Angebote barrierefrei gestaltet sind. Dies kann durch elektronisch verfügbare Formulare, barrierefreie Webseiten und dem Angebot von Gebärdensprachdolmetschern und anderen Kommunikationshilfen der Fall sein. Die Broschüre „Barrierefreie Verwaltung“ der Landesregierung wird als Empfehlung dahin gehend weiter entwickelt. Land, Kommunen

und Sozialversicherungen stehen hier unter besonderer Verantwortung und gesetzlicher Verpflichtung.

- Die dynamische Weiterentwicklung der Standards zu barrierefreiem Webdesign und Internet sind kontinuierlich aufzugreifen und im Land umzusetzen. Dabei sind die betroffenen Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigenen Angelegenheiten aktiv mit einzubeziehen.
- Barrierefreiheit im Medienbereich soll als Querschnittsthema in der Aus- und Fortbildung von Medienschaffenden und -gestaltenden implementiert werden.
- Die Möglichkeiten neuer Medien in der Überwindung von Kommunikations- und Informationsbarrieren sind stärker zu nutzen. Hierzu kann Forschung zum universellen Design am Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz ausgebaut werden.
- Der Einsatz leichter Sprache in den Medien und in der Verwaltung bietet nicht nur Menschen mit Lernschwierigkeiten Zugang zu Informationen, sondern kommt auch dem Grundsatz bürgerfreundlicher Sprache von Seiten der Verwaltung zu gute.
- In den audiovisuellen Medien, sei es klassisch im Rundfunk oder moderner via Internet, sind die Umsetzung von Bildbeschreibung (Audiodeskription) und Übersetzung in Gebärdensprache und mit Untertitelung weiter auszubauen.
- In der Arbeitswelt spielen elektronische Medien eine zunehmend wichtige Rolle. Standards zur Barrierefreiheit bei EDV-Anwendungen im betrieblichen Bereich oder bei Intranetgestaltung in Unternehmen sind wichtig für eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben. Vorhandene Arbeitsfelder sind hier auf die Belange von Menschen mit Behinderungen anzupassen und die große Chance, neue Betätigungsfelder mit Hilfe elektronischer Medien zu erschließen, als Zukunftspotential in der Arbeitswelt zu nutzen. Hier bieten Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft und weiter entwickelte Standards zur Arbeitsplatzgestaltung Umsetzungsmöglichkeiten.

Die uneingeschränkte Teilhabe an Information ist nach der UN-Behindertenrechtskonvention ein Menschenrecht und unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftliche, berufliche und politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen.

Die aktuellsten Studien zeigen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz zunehmend das Internet nutzen und technologischen Innovationen positiv gegenüber eingestellt sind. Vielfach fehlen jedoch noch die individuellen Erfahrungen und Kompetenzen Medien- und IT-Technologien zu nutzen. Es fehlt vielfach die digitale Orientierung in Alltagshandlungen.

Aus den oben beschriebenen Zusammenhängen im Bereich der Medienkompetenz ergeben sich für die Enquete-Kommission folgende Handlungsempfehlungen:

- Schulkinder in Rheinland-Pfalz sollen die Möglichkeit erhalten, einen sogenannten „**Medienführerschein**“ zu erwerben, der entsprechende Kompetenzen im Umgang mit den digitalen Medien - vor allem dem Internet - nachweist. Grundlage hierzu bildet ein Kompetenzprofil, das die Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Jahrgangsstufen erreichen sollen.
- Das **10-Punkte-Programm der Landesregierung „Medienkompetenz macht Schule“** erfährt von den Beteiligten, der wissenschaftlichen Begleitforschung und von der (Fach)Öffentlichkeit große Beachtung und stößt auf hohe Akzeptanz. Es ist auch über die Landesgrenzen hinaus anerkannt. Deshalb sollen die im Rahmen des Programms begonnenen Maßnahmen fortgeführt und ausgebaut werden, um die medienpädagogische Arbeit in den rheinland-pfälzischen Schulen nachhaltig zu fördern.
- Medienkompetenzförderung ist eine Führungsaufgabe. Deshalb soll für **Führungskräfte** aus den Bereichen Schule, Berufsbildung und Hochschule eine Intensivausbildung in Sachen Medienkompetenz, Mediendidaktik, Jugendmedienschutz, Datenschutz, Rechtsfragen, Medienkonzeptentwicklung und -implementierung als integrativer Bestandteil einer Organisationsentwicklung erarbeitet und umgesetzt werden.
- Die Maßnahmen zur **Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer** im dreiphasigen Aus-, Fort- und Weiterbildungssystem in Rheinland-Pfalz (Hochschule, Studienseminare, Pädagogisches Landesinstitut für den aktiven Schuldienst) sollen ausgebaut werden. Ziel muss sein, möglichst alle Pädagoginnen und Pädagogen im Bereich Medienkompetenz bis 2016 weiterzubilden. Die Neustrukturierung der pädagogischen Serviceeinrichtungen mit der Gründung des Pädagogischen Landesinstituts zum 01. August 2010 bietet neue Möglichkeiten (auch via eLearning), innerhalb der nächsten vier Jahre ca. 20.000 Lehrerinnen und Lehrer über neue Entwicklungen zu informieren und fortzubilden. Dabei sollen medienpädagogische, insbesondere mediendidaktische Inhalte verstärkt in der Ausbildung der Lehrkräfte in der ersten und zweiten Phase verankert werden.

- Von 2008 bis 2011 wurden über 400 weiterführende und berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz mit **innovativer Technik** (Standardnetzwerke, Laptop-Wagen, interaktive Wandtafeln) ausgestattet. Ab 2012 sollen die restlichen ca. 250 weiterführenden und berufsbildenden Schulen mit diesen Technologien ausgestattet werden. Darüber hinaus muss inzwischen veraltete Technik erneuert oder ausgetauscht werden.
- Auf Basis der Forschungsergebnisse im Rahmen des Projektes DIMIG (Digitale Medien in der Grundschule) sollen Schlussfolgerungen für eine Erweiterung der technischen Ausstattung der ca. 980 Grundschulen in Rheinland-Pfalz erstellt werden. Die Ausstattungsoffensive soll ab Mitte 2012 gestartet werden. Langfristig sollen eine möglichst flächendeckende **Ausstattung der Grundschulen** sowie umfassende medienpädagogische Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte umgesetzt werden.
- Die **MedienKompetenzNetzwerke (MKN)** in Rheinland-Pfalz haben sich als wichtige Institutionen der inner- und außerschulischen Medienkompetenzvermittlung etabliert. Sie fungieren als wichtige Multiplikatoren. Sie sollen deshalb weiter unterstützt und gefördert werden. Die in den fünf IT-Zentren von Rheinland-Pfalz angesiedelten MKN Mainz, Trier, Koblenz, Kaiserslautern und Ludwigshafen sollen im Sinne einer Konsolidierung durch finanzielle und personelle Verstärkung zu so genannten „Oberzentren-MKN“ ausgebaut werden, die in die Regionen ausstrahlen. Für die MKN soll ein inhaltliches Konzept, bestehend aus einem Grundprogramm bzw. einem gemeinsamen Leistungskatalog sowie einem jeweiligen Schwerpunkt entwickelt werden. Zudem soll das Portfolio auf wichtige Zielgruppen (z.B. Seniorinnen und Senioren, Erzieherinnen und Erzieher, Fachkräfte der Jugendarbeit, Migrantinnen und Migranten, etc.) erweitert werden. Zu den „Oberzentren-MKN“ sollen in bestimmten Regionen ergänzende MKNs etabliert werden.
- Peer-to-peer-Konzepte haben sich bewährt. Deshalb soll das **„Mediencout“-Projekt** (Ausbildung von Jugendlichen zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich Jugendmedienschutz) weitergeführt und ausgebaut werden. Möglichst jede Schule in Rheinland-Pfalz soll die Möglichkeit erhalten, über entsprechende Mediencouts zu verfügen.
- Kinder machen ihre ersten Medienerfahrungen in der Familie. Dabei kommt den **Eltern** eine wichtige Vorbildfunktion zu. Dennoch fühlen Eltern sich oft überfordert und besitzen, insbesondere im Bereich der digitalen Medien, mitunter mangelnde Erziehungskonzepte. Es ist deswegen von besonderer Bedeutung die (medienpädagogische) Elternarbeit intensiv fortzuführen, die Eltern früh anzusprechen und ihre Erziehungskompetenz zu stärken. Deshalb soll die Elternarbeit über Informationsmaterial und

Fortbildungsveranstaltungen unter Einbindung der Elternorganisationen intensiviert werden.

- Die **Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund** sollte noch stärker in den Fokus der Medienarbeit gestellt und gezielt gefördert werden. Kenntnisse und Potenziale im Hinblick auf die Nutzung insbesondere der Neuen Medien sollten in der schulischen Bildung aufgegriffen werden – auch dazu, den Übergang in Ausbildung und Beruf zu fördern.
- Medienkompetenzförderung ist auch Aufgabe der **Kinder- und Jugendhilfe**. Es besteht bereits ein vielfältiges medienpädagogisches Angebot in diesem Bereich – sowohl auf Kommunal-, als auch auf Landesebene. Dies gilt es zukünftig zu verstetigen und eine gute Vernetzungsstruktur unter den Akteuren zu schaffen. Insbesondere Weiterbildungsmaßnahmen zum Erwerb von Medienkompetenz, die sich speziell an Fachkräfte der Jugendarbeit richten, sollen verstärkt ausgebaut und gefördert werden.
- Für **Seniorinnen und Senioren** bieten Internet, IT und neue Medien große Chancen für eine stärkere Teilhabe an der Gesellschaft. Der Einsatz des Internets kann beispielsweise behinderte oder immobile Menschen in die Möglichkeit versetzen, mit Freunden und Verwandten Kontakt zu halten. Zudem können über eLearning-Technologien Erfahrungen weitergegeben und Schulungen angeboten werden. Um diese Chancen zu nutzen und einer digitalen Spaltung entgegenzuwirken, aber auch um vor „Abzocke“ zu schützen, muss der Zugang von Seniorinnen und Senioren zur Informations- und Kommunikationstechnologie verbessert werden. Die Landesregierung soll daher eine Offensive, als Teil des Prozesses zum Landesaktionsplan „Gut leben im Alter“, zur Anbindung aller Regionen mit breitbandigem Internet sowie die Anbindung aller Einrichtungen der Altenpflege, Seniorenheime oder vergleichbarer Institutionen starten. Zudem sollen die gestarteten Internet/IT-Pilotprojekte (z.B. „Lernend Altern“, „Virtuelle Dorfgemeinschaft Külz“, „Maus Mobil“, www.starthilfe50.de) weitergeführt und neue Projekte gestartet werden (wie auf Seite 39 f. beschrieben). Dabei soll eine Kooperation mit Weiterbildungsträgern, Trägern der Altenpflege, usw. angestrebt werden.
- Viele **Unternehmen und Einrichtungen** bieten fundierte Programme für Kinder und Jugendliche im Bereich Medienkompetenzaufbau an. Mit Hilfe von Kooperationen und punktueller Zusammenarbeit sollen diese Programme in die pädagogische Arbeit integriert und die vorhandenen Programme, wie z.B. die Kooperation mit dem SWR im Programm „Medienkompetenz macht Schule“ (Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärter durch eine SWR-Projektgruppe, Schülerprojekte), dem ZDF (Durchführung von diversen Medienschutztagungen), dem „Schlaumäuse“-Programm (Microsoft),

„Netrace“ (Verlagsgruppe Rhein-Main), „Zeile“ - Zeitungsprojekt für Auszubildende in Kooperation mit allen Tageszeitungen in Rheinland-Pfalz, „Robotics“ (SAP) und andere weitergeführt werden.

- Die intensive Nutzung sozialer Netzwerke und weiterer Internetdienste wirft zunehmend grundlegende Fragen des Schutzes persönlicher Daten und des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung als Grundlage des demokratischen Rechtsstaats auf. In Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz sollen daher die Konzepte zur **Förderung des Bewusstseins für einen verantwortungsbewussten Umgang mit persönlichen Daten** ausgebaut und umgesetzt werden.
- Die **Landesanstalt für Medien und Kommunikation**, insbesondere die Abteilung Medienkompetenz sowie die mit ihr verbundenen Organisationen (m+b.com, Medienkompetenzstiftung Südwest, Medienforschungsverbund Südwest, Jugendschutz.net) bieten wertvolle medienpädagogische Projekte und Programme an, die in vielen Fällen gemeinsam mit der Landesregierung und weiteren Partnern durchgeführt werden. Diese Partnerschaft soll in den nächsten Jahren weiter intensiviert werden. Dazu zählen insbesondere die gemeinsamen Aktivitäten zum Ausbau und zur Etablierung der Medienkompetenznetzwerke, herausragende Projekte wie „MyClip“, „Ohrenspitzer“, aber auch das Engagement der LMK in länderübergreifenden Projekten und Maßnahmen wie der Mitarbeit bei der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM), der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK), der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK), der Kommission für Jugendmedienschutz, „klicksafe“, „Sicherheit im mobilen Netz“, dem „Internetabc“, „Flimmo“, dem medienpädagogischen Erzieherinnenclub oder Jugendschutz.net. Hinzu kommen eine Vielzahl gemeinsamer Veranstaltungen („Junior Award“ in „Tatort Eifel“, „Kinder-Uni“, „OK School TV“, Fachforen wie die „iMedia“, Safer Internet Day, Studientage und Fachmessen).